

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Anzeigen kosten die Lebzengelposten...

Abonnementspreis 50 Hg. pro Monat...

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Offen.

Bergbehörde und Bergbauwesen auf der Anklagebank.

Ein preussisches Berggesetz und das preussische Parlament werden unter dem heute überlachten Druck der öffentlichen Meinung...

zweiter Medner Behrens. Die Stellung beider in der Arbeiterbewegung bedingte es schon von selbst, daß sie sich der Bergarbeiter...

zum Schutze der Bergarbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Ich glaube damit dem, was Herr Kollege Osann sachlich ausgeführt hat...

Jawohl es hat recht, das preussische Dreiklassenparlament haben die Grubenbesitzer nicht so zu fürchten als den Reichstag...

Nach Hue folgte Ranik, der sich mit den schon in voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ angebotenen Regierungsversprechungen zufrieden gab...

Mit diesen Worten, Herr Minister, haben Sie und die preussische Bergbehörde sich vor aller Welt gerichtet!

Die Verhandlungen über Radbod im preussischen Abgeordnetenhaus waren schon denkwürdige Tage für die Bergarbeiter...

Hue bin nicht verpflichtet, hier auf alle Angriffe des Abgeordneten Hue zu antworten. Ein preussischer Minister darf nicht vor dem Reichstage auf die Anklagebank kommen...

Ich bin nicht verpflichtet, hier auf alle Angriffe des Abgeordneten Hue zu antworten. Ein preussischer Minister darf nicht vor dem Reichstage auf die Anklagebank kommen...

eine indirekte Beschuldigung der Beamten und Arbeiter,
die dort unten liegen, und die sich nicht verteidigen konnten, aufgefagt werden. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) — Ja, meine Herren, Sie reden so häufig von der Stimmung des Volkes. Kommen Sie nur einmal in das Zindfleischgeschäft herein und hören Sie, wie das Volk über die dortige Beschuldigung denkt, dann werden Sie nicht mehr „oh“ rufen, Sie werden dann auch verstehen, warum der Prinz Oskar Friedberg die Stimme des Volks großtun geheißen hat. Unsere Presse würde nicht so gewissenlos schreiben, der Bergarbeiterverband hätte nicht am Mittwoch die massenhafte besuchten Protestdemonstration abgehalten, wenn nicht der Herr Minister am Freitag vorher schon sein Urteil zu Gunsten der Sache abgegeben hätte. Ja, wenn nicht derartige Demonstrationen schon vorher vorgekommen wären! Wir haben es 1906 bei der Russkafatastrophe erlebt. Heute passierte das Unglück, die Klammern schlugen noch aus dem Schacht heraus, und schon am nächsten Tage erklärte der Vorsitzende des Ausschusses der Russka, die Bergbehörde habe die Verwallung ihrer Untertun befehligt. Beachten Sie wohl, meine Herren: die gerichtliche Untersuchung konnte in dem Schacht erst nach einem Jahre stattfinden, — und einen Tag nach der Katastrophe beschuldigt schon die Bergbehörde die Verwaltung, daß sie unschuldig sei! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und da soll man nicht in Empörung geraten, wenn von den obersten Vergesamten Preisens abermals derartige Verheerungen in die Presse kommen und dem Vertreter des Kaisers mitgeteilt werden? Da ist die Bewegung doch sehr begrenzt. Ich kann nur hinzufügen: Wenn der Herr Minister Delbrück zu uns ins Reich gekommen wäre, nachdem seine Verheerungen bekannt geworden wären, so hätte er doch einen viel „mächtigeren“ Empfang bekommen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Es ist doch etwas sehr Merkwürdiges bei der Sache. Die Bergbehörde hat schon am Freitag — die Katastrophe fand am Donnerstag morgen statt — am Schacht Erhebungen veranstaltet, der Herr Minister ist am Freitag abend hingekommen, der Kommissar, wohl Herr Oberbergamt Meißner, war schon am Tage vorher dort. Die Bergbehörde hat eine ganze Anzahl von Beamten und Arbeitern vernommen, und das Resultat ist, wie der Herr Minister im Landtage sagte: „Bisher ist nichts verwiesen worden, was etwa darauf deuten läßt, daß etwas in Unordnung war.“ Die Bergbehörde hat also nur Leute gefunden, die ein für die Sache mindestens relativ günstiges Zeugnis abgegeben haben.

Das sind doch höchst merkwürdige Zustände!

Die beiden Herren Kollegen Wieberg und Behrens, die unabhängig von uns die Arbeiter und Beamten befragten, haben genau dieselben Erfahrungen über das Urteil der Arbeiter und Beamten über die Beschuldigungen gemacht wie wir. Ferner habe ich hier das Urteil des Bergarbeiters der Hirsch-Dückerischen Gewerkschaft vom 21. November, welches sich unabweislich dahin ausdrückt, daß eine solche Katastrophe gar nicht möglich gewesen wäre, wenn die Beschuldigungen den gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften entsprochen hätten, und der Artikel schließt mit den Worten: — Herr Kollege Osann, Sie erlauben, daß ich die Worte als Ergänzung auf den von Ihnen bereits angeführten Protokollartikeln vorlese:

„Über den Profit geht das Leben und die Gesundheit Tausender von Knappen!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)
„Genaue Charakteristik ist, was Herr Abgeordneter Bruff in seiner Rede im Preussischen Landtag, die doch durchaus nicht als „aufheherrlich“ bezeichnet werden kann, mitteilt. Er sagte: „Ein Haier, dessen Namen ich nachher dem Herrn Minister mitteilen werde, äußerte sich dahin: Auf der Zeche war schon seit zwölf Tagen kein Wasser oder doch so wenig vorhanden, daß es zum ordnungsmäßigen Verfehlen nicht langte. Schlagwetter waren fast vor jedem Ort vorhanden, weil auf den meisten Stellen die Oberkoble bis zu zehn, zwölf Meter vorgetrieben wurde, ohne Wetterscheiden oder Gitter vorzubauen. Dies ergab dann rechte Feuerlöcher.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Und das Organ des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, der „Bergknappe“, sagt in seiner letzten Nummer:

„Auf der Zeche trat ein verhältnismäßig starke Schlagwetter auf; der Staub konnte nicht niebergeschlagen werden, weil oft Wasser fehlte.“ Ferner:

„Wenn Wasser vorhanden war, fehlte der notwendige Druck, ohne den eine Feststäubung des Wassers nicht möglich war. So haben uns Bergleute erklärt.“

„Also die Ermittlungen der Herren Abgeordneten Wieberg, Behrens, Bruff, des Organs des Hirsch-Dückerischen Bergarbeitervereins und des christlichen Gewerkschafts befragen übereinstimmend mit uns das Gegenteil dessen, was der Herr Minister durch seine Kommissare hat ermitteln können! Ist das nicht verblüffend!“

Und nun, meine Herren,

ein Novum in der Geschichte der Bergarbeiterbewegung!

Das ist, daß zum ersten Mal auch die Grubenbeamten, die Steiger, sich auf Seite der Bergarbeiter stellen und sich schuldig aussprechen, daß die Hauptschuld an dieser Katastrophe nur die Bergbehörde treffen kann! Die Steiger haben eine Organisation, die ihre Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet und schließt. Sie werden also nicht sagen können, Herr Osann, daß diese Herren Sozialdemokraten sind, und diese Beamten erheben in ihrem Organ „Der technische Grubenbeamte“ die schwersten Anklagen gegen die Bergbehörde, viel schwerer, als ich sie jemals im Reichstag ausgesprochen habe. Und doch hören wir, daß der Herr Handelsminister keine Zeugen findet, die unsere Aussagen bestätigen! Es sind ja wohl hier und da einige vernommen, die auch etwas von dem sagen, was wir ausgesprochen haben. Aber der Minister hat doch den Gesamteindruck gewonnen, daß eigentlich „alles in Ordnung“ gewesen sei. (Na! na! bei den Nationalliberalen.) — Meine Herren, lesen Sie doch die Landtagsbeschlüsse!

Herr Kollege Osann sprach auch von der Stimmungsmache in der Presse.

Ich gebe ihm ganz gerne zu, es ist fürchterlich Stimmung gemacht worden. Stimmung ist gemacht worden, wie sie der berühmte oder berühmte Danzig Gürtler nicht besser machen kann. Ich habe zwei Extrablätter und zwar von einer bürgerlichen Zeitung auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Beide behandeln den berühmten

Fall Meyer-Gard.

Der Herr Minister ist im Landtag auf diesen Fall auch eingegangen und hat dort erklärt, der Bergmann Meyer habe seine Aussage nicht wahrhaftig erhalten. Ja, meine Herren, der Herr Minister hätte, wenn er nur einigermaßen von seinen Kommissaren bedient worden wäre, wissen, daß mindestens einen Tag vorher, als er gesprochen hat, von der bürgerlichen Zeitung, die ich vorlege, schon unzweideutig festgestellt worden ist, daß der Name „Meyer“ anonym ist, daß der Mann eigentlich Gard heißt! Dieser Zeuge Gard aber hat, abgesehen von unwesentlichen Abweichungen, vor dem Staatsanwalt alles vollständig wahrhaftig erhalten, was er der Presse mitteilte! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)
Warum teilt uns der Herr Minister die Aussage Garbs nicht mit? Warum teilt er dem Hause und dem ganzen Volk nicht mit, was der Zeuge Gard gesagt hat? Wenn er das mitteilt, dann würden Sie alle wohl verstehen, daß man zu dem, was der Herr Minister vorher gesagt hat, nicht das mindeste Vertrauen haben darf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)
Die Stimmungsmache geht köstlich weiter. Mit dem Fall Meyer-Gard wird in der Presse gepöbeln. Doch heute habe ich des Zeuges unaufrichtigkeit in einer Zeitung gelesen. Es wird immer noch angeführt, der Zeuge Meyer, der von der bürgerlichen Zeitung in Rom und vom Berliner Lokalangeboten als Zeuge angegeben sei, habe nichts aufrecht erhalten. Zeuge Meyer behauptet aber in der Phantastik, er ist gar nicht vorhanden, Gard ist der Gewährsmann. Der Zeuge Gard aber, der seine Aussagen aufrecht erhält, soll inzaggen „auf der Flucht“ ertappt worden sein; dann habe man den Mann schnell herangezogen, damit dieser wichtige Zeuge nicht verloren gehe. Diese Darstellung ist vollständig unwahr. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)
Der Mann hat sich freiwillig gestellt; er ist, als bei Bekanntmachung der Zeche erfolgte, direkt zur Zeche gegangen und hat sich gemeldet, er wolle die Aussage machen, er sei der Mann. Er ist nicht empfangen worden; ich weiß nicht, aus welchen Gründen. Ein anderer Zeuge ist er mit dem Vertreter der betreffenden Zeitung wieder hingegangen und hat seine Aussage gemacht.
So wird Stimmung gemacht. Es soll das deutsche Volk meinen, der Zeuge, der auch in der bürgerlichen Presse genannt wird, sei nicht wahr, es sei die Aussage zurückgenommen. Mein, ich versichere Sie, es ist bei dem ungeheuren Unglück noch ein Glüd, daß diese Katastrophe im Ruhrgebiet stattgefunden hat und nicht in Saarabien.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Ruhrgebiet werden wir der Staatsanwaltschaft, wenn sie will, so viel Personen als Zeugen vorführen, daß die Schuldigen von dem Verematerial erbrückt werden.
Meine Herren, es ist heute hier und auch im Preussischen Landtag nicht über die unmittelbaren Unfallursachen gesprochen worden. Ich habe die Empfindung, daß es eigentlich ganz überflüssig ist, noch über die unmittelbaren Unfallursachen zu sprechen, insofern etwa damit ein späteres Untersuchungsresultat in Verbindung gebracht wird. Sie haben gelesen, daß in der Grubentiefe die elementaren Kräfte fortwährend getrieben werden. Eine Explosion nach der anderen erfolgt, und es wird unendlich feil, wenn die Grube wieder befahren werden kann, den Zustand der Grube zur Zeit der Katastrophe so zu ermitteln, daß überhaupt von einer unmittelbaren Schuld oder Unschuld gesprochen werden kann. Ich denke, das wird jedem Sachmann einleuchten und auch dem Laien. Es kommt heute nur noch darauf an:

Wie waren die Zustände auf der Zeche vor dem Unglück?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hierfür haben wir massenhafte Zeugen, und es ist bezeichnend, daß die Behörde keinen von diesen gefunden hat:

Es ist hier schon von dem Herrn Kollegen Wieberg, glaube ich, die rasche Entwicklung der Zeche der Zeche angeführt worden. Das ist jedenfalls auch zu beachten, und darauf gründet sich auch der scharfe Artikel in unserer Dortmunder „Arbeiterzeitung“, daß diese Zeche geradezu typisch ist für den modernen Bergbaubetrieb, wo man unter allen Umständen nur schnell zur Zeche, nur schnell zur Förderung kommen will, ohne Rücksicht auf das, was sich später herausstellt an Beschuldigungen und an Vernachlässigungen.

Meine Herren, es ist doch von den Zeugen, die wir genannt haben, die wir auch weiter noch nennen wollen unter der Zusage, die gegeben ist, gesagt worden — das steht auch fest durch die Befundungen des Steigerorgans —, daß in der Grube infolge der großen Zeufe — der Schacht ist nahezu 800 Meter oder über 800 Meter tief, ich weiß im Augenblick nicht genau die Zahl — eine durchschnittliche Temperatur von 28 bis 30 Grad herrscht. Es haben uns eine ganze Reihe von Arbeitern, die kurz vor der Katastrophe oder auch früher auf der Zeche beschäftigt waren, gesagt, das Gestein wäre an einer ganzen Reihe von Orten so heiß, daß die Arbeiter mit dem bloßen Körper nicht lange arbeiten ja fast nicht! Für die Wohlfahrt, die wir in der wärmenden Stube empfinden, müssen die armen Teufel halb nackt, nur mit einer Hölse angetan, schweißbedeckt schuften und schuften und erliden einen so läghlichen Tod dabei. Infolge der hohen Temperatur war, wenn eine Veriefelung erfolgte, wie der eine Kamerad sagte, in einer Viertelstunde, wie der andere sagte, in einer halben Stunde die vollständige Trockenheit wieder da. Der Staub war wieder pulvertrocken. Aus diesem Grunde mußte auf dieser Zeche ganz besonders für eine hervorragende Veriefelung, d. h. für eine hervorragende starke Zuführung von Wasser gesorgt werden. Das eben ist

die Kardinalfrage

hier. Ich habe hier mitzuteilen, was wir aus dem Munde der Arbeiter, die Monate lang dort gearbeitet haben, erfahren haben. Das wiegt doch weit schwerer als das, was wir von Vertretern der Bergbehörde erfahren, die nur alle 14 Tage einmal hier und da einen Betrieb befehren.

Also das ist unbestreitbar, infolge der ungeheuren Hitze dort unten mußten die Arbeiter häufig riefein. Sie mußten riefein, um der Gefahr der Kohlenstaubexplosion zu entgehen. Und hier steht eben unsere Anklage ein. Diese Veriefelung ist den Leuten nach übereinstimmenden Angaben von Dugenden nicht möglich gewesen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Veriefelung ist nicht möglich gewesen nach der Aussage des Steigerorgans, sie ist nicht möglich gewesen nach den Aussagen, die der Kollege Wieberg gemacht hat, die der Abgeordnete Bruff im Landtag gemacht hat. Sie ist nicht möglich gewesen!

Hundert von Zeugen bringen wir bei, meine Herren, wenn Sie wollen, die alle bekunden, daß die Veriefelung entsprechend der dort so hohen Temperatur und der damit verbundenen Kohlenstaubentwicklung durchaus ungenügend ausgeführt werden konnte. Es fehlte an Wasser! Meine Herren, dann hat der Herr Minister den Namen des Bergmeisters Hollender genannt, dem ein Grubenbeamter vor einiger Zeit gesagt hat, er — der Beamte — wünte die Verantwortung für die Veriefelung nicht übernehmen. Herr Hollender bestreitet das jetzt. Ich glaube, Herr Minister, wenn Sie als Angeklagter auf der Anklagebank sitzen — und Angeklagter ist in diesem Falle auch der Herr Hollender —, dann wird man Ihnen auch zugestehen, daß Sie sich möglichst zu entlasten versuchen. Das ist eine Erfahrung, die man jeden Tag im Gerichtssaal hat, und alle Richter nehmen es als selbstredend hin, daß der Angeklagte sich möglichst zu entlasten sucht; deshalb wird er ja auch nicht verurteilt.

Meine Herren, hier steht in dem neuesten Organ des Steigerverbandes, daß der Herr Vertreter der Bergbehörde gekommen ist und den Grubenbeamten zur Rede gestellt hat wegen schlechter Veriefelung. Dann heißt es im Steigerorgan weiter:

„Bei einer derartigen Gelegenheit antwortete der Angegriffene, er müsse jede Verantwortung für die Veriefelung ablehnen!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Minister, das sind Aussagen von den Beamten selbst, die da beschuldigt worden sind, mindestens indirekt mitschuldig zu sein an der Katastrophe.

Ferner hat Herr Minister Delbrück

die hohe Zahl der als verfahren angegebenen Ueberstichten

bezeugt. Das eine steht aber doch fest: in dieser Grube sind eine ganze Anzahl Menschen berunglückt, die eine doppelte Schicht verfahren haben, zirka 70! Bedenken Sie doch einmal, meine Herren: diese Leute müssen in einer Doppelschicht 15 bis 18 Stunden ununterbrochen in dieser wüthlichen Atmosphäre sein! Stellen Sie sich das einmal vor, dann werden Sie sich schon selbst sagen, was daraus zu folgern ist. Und jetzt teilt uns der Herr Minister mit, daß der „Gesundheitsbeirat“, eine „Erundungschaft“ der Berggesetzreform von 1905, zusammengetreten sei und Normen festgelegt habe in bezug auf die Höhe der zu leistenden und zu gewährenden Ueberstichten und Ueberstunden. Es wäre uns sehr willkommen, Herr Minister, wenn Sie uns auch mitteilen wollten, was der Gesundheitsbeirat beschlossen hat; wir wissen von nichts, und die Arbeiter wissen auch von nichts. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)
Andernfalls würden die Arbeiter bei ihrer Kommandierung zu Ueberstichten sich unter Berufung auf den Gesundheitsbeirat dagegen verhalten, mehr als zulässig Ueberstichten zu verfahren. Wir erwarten nun auch, daß die Vertreter der Bergbehörde öffentlich bekannt machen, was denn der Gesundheitsbeirat in bezug auf das Ueberstichtenwesen für notwendig erachtet, was er in bezug darauf zur Darnachachtung für die Arbeiter und Betriebsleiter erklärt hat.

Wenn ich, gestützt auf viele sachmännliche Zeugnisse, ein Urteil abgeben soll über die Ursachen einer solchen Katastrophe, so muß ich von vornherein bei der Kohlenstaubkatastrophe das ausschließen, was man „elementare Gewalt“ nennt. Wir haben während der Lage, die uns zur Verfügung standen haben, nicht Dugende, sondern Hunderte von Bergarbeitern befragt — ich glaube, die Herren Kollegen Wieberg und Behrens werden daselbe getan haben — Hunderte von Bergleuten haben mich befragt, ob denn überhaupt dieser fagenhafte „Bläser“, auch wenn er noch so stark auftritt, ob das eventuelle starke Ausstreuen von Gasen vor einem Ort eine solche Katastrophe herbeiführen könnte. Ueberetnimmend haben die Arbeiter gesagt: nein, eine solche Katastrophe ist nur möglich, wenn eine ganze Summe von einzelnen Mifständen in einer Grube an den verschiedensten Stellen vorhanden ist, und dann die Explosion, an einer total begrenzten Stelle ausbrechend, sich durch Kohlenstaubausfallung, durch Ansammlung von Gasen in den Ausstellungen der Hirsch usw. sich auf die ganze Grube überträgt. Kurz, eine solche Katastrophe, erklären Arbeiter und auch Beamte, die 10, 20 Jahre und noch länger praktische Arbeiter und Beamte gewesen sind, eine solche Katastrophe wäre bei der Befolgung der heute bestehenden polizeilichen Vorschriften nicht möglich.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Deswegen schreibe ich mich dem an, was von einem der Herren Vorredner gesagt worden ist: wir brauchen wirklich keine neuen polizeilichen Vorschriften mehr, wir haben schon über genug auf dem Papier stehen! In England habe ich gefunden, daß dort im Verhältnis zu uns nur ganz wenige bergpolizeiliche Vorschriften bestehen. Es kommt hier auf etwas anderes an: das Papier ist gebunden. Der Geist ist macht lebendig. Es kommt nicht darauf an wieder neues Papier mit bergpolizeilichen

Vorschriften vollzuschreiben, sondern darauf, das Vorgelebene auch durchzuführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darum die Forderungen, die wir aufgestellt haben, Forderungen, die auch von den anderen Herren Vorrednern begründet worden sind.

Garantie für die Durchführung der Schutzbefehle, das brauchen wir.

Ist diese Garantie heute vorhanden? Ich habe zunächst von den Arbeitern zu sprechen. Besteht den Fall, es wäre eine Nachlässigkeit seitens dieses oder jenes Arbeiters vorhanden, die aber, was ich nachmals betone, niemals allein eine solche Katastrophe erzeugen könnte, — ich frage: Sind denn die Arbeiter in der Lage, die bergpolizeilichen Vorschriften zu befolgen? Und auf der Zeche Rabbod hat

das System des Bedingungsabreifens

in flor gestanden. Dort hat man den Arbeitern das Bedingungs abgefragt — nicht überall, ich beuge vor, weil man schließlich mit Hin oder Kunz kommen kann, der gute Arbeiter bekommen hat — das Bedingungs abgefragt, daß nur unter Aufbietung aller Kräfte diese Arbeiter einen Lohn herauszuschlagen konnten, den sie nötig haben zur Erhaltung ihrer Familie, zur Charakterisierung für die preussische Bergbehörde und ihre Anschauungen über den Bergarbeiterschutz genügt es schon, darauf hinzuweisen, daß sie auf die Kernfrage durchaus nicht eingehen will, nämlich auf die Lohnfrage. Es hängt aber schließlich alles mit der Frage zusammen: sind die Bedingungs so gestellt, daß die Arbeiter auf diesem Bedingungs unter Beobachtung aller erlassenen Sicherheitsvorschriften zu einem genügenden Lohn kommen können? Darauf geht keiner der Herren von der Bergbehörde ein. Bala, in seinen berühmten Vergewaltigungsroman „Germinal“, läßt einen der angeklagten Bergleute sagen: „Höre, Ingenieur, bezahle Sie uns besser, dann können wir auch besser!“ Das ist die Kernfrage im Bergbau, und die kann von unabhängigen Arbeiterkontrollen sehr wohl gelöst werden. Sie stützen ja mit den Arbeitern, Sie wissen, wie es den Arbeitern zu Mut ist. Sie kennen die Praxis durch und durch, die Vertreter der Bergbehörde kennen das nur höchst ungenügend.

Nun frage ich: wie steht es mit den Betriebsbeamten? Sind sie schuldig zu sprechen?

Ich kontaktiere abermals, meine Herren: es ist ein Novum, daß die Betriebsbeamten sich jetzt an die Seite der Arbeiter stellen und ihre Anklagen schleudern gegen die Bergbehörde. In diesen Tagen haben Dugende von Beamten von unteren und mittleren Grubenbeamten aus allen Teilen Deutschlands bekommen, aus allen Rängen der Schutzwachen, schrei heraus: Herr Abgeordneter, sagen Sie auch im Reichstag, wie wir gebürdet werden werden von oben, wie Betriebsbeamten, und daß uns die Bergbehörde im Stiche lassen in unserem Kampfe für Werkzeugsicherheit! (Hört! hört! links.) Man will den Betriebsbeamten, wie ich aus der Rede des Herrn Ministers entnommen habe, eine größere Verantwortung aufbürden. „Amgenzien“ hat man ja vielbeutigt gesagt. Wir wollen, was kommen soll. Die zu gehorchen haben, denen soll die Verantwortung aufgebürdet werden. Man wird schließlich den Detaillisten, den Arbeiter verantwortlich machen für das, was geschieht. Dann hat man ja den Sünderkod. (Sehr richtig! links.) Damit ist uns nicht gebührt! Damit ist nichts gebührt!

Wie stehen denn heute eigentlich die Vergewaltigungsbeamten in ihrem Verhältnis zu den Vergewaltigten? Die Sache ist höchst wichtig für den Bergarbeiter. In den Grubenbetrieben hat man das sogenannte „Soll“-System eingeführt, d. h. auf den Rekalkulationsbüros, wo die Herren sitzen, die über die Gesteinsverhältnisse, Fäherverhältnisse u. dgl. nicht orientiert sind, wird der „Soll“, den jedes Steigerverweier fördern soll, festgelegt. Damit ist auch schon von „oben her“ aus die Frage des Bedingungs und der Selbstkosten „gelöst“. Nun heißt es: Steiger darauf los! den Soll, den du vorgeschrieben bekommen hast, mußt du fördern, koste es, was es wolle, und wenn du es nicht tust, bekommst du die ausgefetzte Prämie nicht.

Meine Herren, Sie können versichert sein, daß ein großer Teil der Steiger den größten Teil ihres Einkommens aus Prämien bezieht, nicht an ihrem Gehalt. Ich kann Ihnen auch aus der Hüttenindustrie ähnliche Mittelteil, wo auch der kleinste Teil des Einkommens der Meister und Obermeister aus ihrem Gehalt besteht, der meiste, größere Teil aus Prämien. Wenn es nun irgendwo ein Gewerbe gibt, wo

das Prämienystem einlad Wortsystem

genannt werden muß, so ist es der Bergbau. Die Steiger, die unmittelbar mit den Arbeitern zu tun haben, haben heute nicht mehr das Recht, das Bedingungs mit den Arbeitern zu machen, haben nichts mehr dabei zu sagen. Die Leute also, die am besten die inneren Grubenverhältnisse kennen, haben nicht mehr das Recht, diesen Grubenverhältnissen entsprechend den Arbeitern den Lohn zu setzen. Es ist eine vollständige Umkämpfung der alten, gut bewährten Bergbauwirtschaft. Die Betriebsbeamten haben in keiner Weise wirksame Rechte, sie sind oft schlummer daran, ich darf ruhig sagen, manchmal viel schlimmer daran als die Arbeiter. Die Arbeiter verlangen natürlich ein auskömmliches Bedingungs und kritisieren den Steiger, weil viele Arbeiter ja nicht den Zusammenhang der wirtschaftlichen Vorgänge kennen. Die Arbeiter müssen deshalb in den Beamten ihren Ausbeuter erblicken. Der Steiger wird aber von oben kommandiert: du hast nur mit so und so vielen Selbstkosten zu wirtschaften, und den Soll hast du zu fördern. Wird infolgedessen ein schlechtes Bedingungs gefehlt, werden deswegen die Reparaturarbeiten vernachlässigt, so kommt das Revier in Unordnung. Dann kommt die Bergbehörde, d. h. wenn sie Zeit hat, die Grube zu befehren, macht den Steiger herunter und droht ihm mit Entziehung der Qualifikation, weil er das Revier in Unordnung hat kommen lassen. Läßt er aber das Revier nicht in Unordnung kommen und arbeitet so, daß alle Vorschriften befolgt werden können, so kommen die Grubendirektoren und Aufsichtskräfte ihm auf den Hals, die eben Profit herauszuschlagen wollen. Da sieht dieser arme Teufel zwischen drei Stühlen, nicht mehr zwischen zwei (sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und keinerlei Rechte hat er. Auf Grund des Berggesetzes hat die Bergbehörde den Betriebsbeamten förmlich in den Fingern, sie kann bei jeder Gelegenheit, wenn sie will — und wir werden vielleicht noch Gelegenheit haben, an der Hand angemessigen Materials nachzuweisen, daß die Bergbehörde in solchen Fällen durchaus nicht einwandlos gehandelt haben —, sagen: Der Mann hat die Qualifikation nicht mehr zu dem Beamten, wir entziehen sie ihm. Der Beamte ist seiner Existenz einfach bar geworden. Daraus entwickeln sich himmelschreiende Zustände.

Meine Herren, an einem einzigen Fall möchte ich Ihnen illustrieren, wie es unter Umständen einem Steiger geht.

Auf der Zeche Deutscher Kaiser, der Firma Thyssen gehörend, ist vor einiger Zeit folgender Fall vorgekommen. Ein Steiger hatte in seinem Revier einen so hohen „Soll“ gefehlt bekommen, daß er ihn sehr häufig nicht liefern konnte. Der Vorgesetzte des Steigers drangalierte ihn, beschimpfte ihn und drohte ihm mit Entlassung. Als er auf dem Teufel wieder einmal das Unglück hatte, den „Soll“ nicht geföhrt zu haben, jagte ihn sein Vorgesetzter zurück in die Grube! Ich will einfechten, es ist beliebt geworden vor allem bei den jungen Herren Allessoren, die schnell Direktor werden, daß man die Steiger zur Strafarbeit kommandiert, zum „Nachgezerieren“, wie man es nennt. Nach achtstündiger, schwerer Schicht wurden die unbeliebten Steiger von ihren Vorgesetzten wieder in die Grube hineingeföhrt, wo sie abermals stundenlang arbeiten müssen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hören Sie den Fall des Steigers vom Deutschen Kaiser weiter. Dieser Beamte wird wieder in die Grube hineingeföhrt von einem Vorgesetzten, er soll zur Strafe, wie man sagt, nachgezerieren. Der arme Teufel sieht mit Schrecken ein, daß er so nicht lange weiterarbeiten kann, seine Existenz verlustig geht. Was geschieht? Am andern Morgen kommt die Frau des Beamten zum Schacht hin und fragt, wo denn ihr Mann sei. Niemand weiß es. Der Mann ist also den Tag und die Nacht über nicht nach Hause gekommen. Man sucht in der Grube herum, findet den Mann nicht. Dann hat man aus einem benachbarten Ort einen Polizeibund geholt, dieser hat den armen Teufel nach achtunddreißigstündigem, unterirdischem Aufenthalt zusammengekauert in der Grube gefunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Mann ist hinaufgeschafft worden, der Zeit konstatierte geistige Depression! So sieht es mit dem Recht der Steiger aus, mit dem „neuen Mittelstande“, der die kapitalistische Gesellschaftsordnung noch jünger soll. Ein entlassener Steiger ist überdeban als die Arbeiter; denn es ist übel für einen Beamten, wenn er

als Grund der Entlassung angegeben muß, er habe den „Soll“ nicht überbrennen können, oder gar: man hat nicht die Qualifikation entzogen, ich sei nicht mehr fähig, Steiger zu sein. Um dem zu entgehen, lassen die Betriebsbeamten zu leicht die Dinge laufen, wie sie wollen. Und darum erheben wir hier von unseren Vätern aus die Anklage, daß die Steiger, die unmittelbar unter Betriebsbeamten, so wenig wie die Arbeiter an Katastrophen a la Madbod schuldig sein können, sondern

die Schuldigen sitzen dort, wo sich die Herren befinden, die sich nicht den Finger schmutzig machen bei der Förderung von Kohle, die aber die riesigen Gewinne einheimen, die ungeheuren Dividenden einheimen!

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da sitzt ein Teil der Schuldigen, die anderen Schuldigen werde ich Ihnen gleich nennen! Es ist gar nicht zu bestreiten, daß die Betriebsverwaltungen, manchmal auch die Generaldirektoren nichts anderes sind als Marionetten in den Händen der Mitglieder der Parteifinanz.

Zu den Bureaus der großen Banthäuser wird um Leben und Tod von Hunderttausenden Bergarbeitern gewürfelt!

Fragen Sie die Beamten und hören Sie, was diese sagen über die sogenannten Sparmaßnahmen im Betriebe. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß wenn man auf der Grube Madbod — auch auf der Grube Borussia usw. — vielleicht 500 oder 600 Mark mehr für Reparaturarbeiten ausgeben hätte, die ungeheure Katastrophe nicht erfolgt wäre und die Hunderttausende oder vielmehr Millionen Mark, die den Unternehmern durch das Untergehen des Schachtes verloren gehen, erhalten blieben. Es trifft hier das Sprichwort häufig zu: mancher parßt am Kopfen und läßt's durchs Spundloch laufen! Fragen Sie die Beamten! Wir können heute erfreulicherweise konstatieren, daß die Beamten sich auch aufpassen, daß sie sich organisiert haben und es sich nicht mehr gefallen lassen, als Schindluderer benutzt zu werden!

Aber das Verhältnis der Arbeiter!

Ich stehe ganz auf dem Standpunkt, den im vorigen Jahr der Herr Abgeordnete Graf Ranig hier entwickelt hat, daß wir nämlich im Ruhrgebiet zehntausende Bergarbeiter zu viel haben. Warum sollen wir alljährlich so und so viele Millionen unserer Kohlen in das Ausland verschleudern müssen? Wenn die ostelbischen Arbeiter, die zu Zehntausenden in das Bergrevier gekommen sind, in ihrer Heimat geblieben wären — und sich, was ich hinzusetzen will, in der politischen Bewegung reger betätigt hätten, damit endlich auch ihre soziale Lage gründlich gebessert werde — dann würde es ihnen in vielen Fällen nicht schlechter gegangen sein als bei uns im großen Industriegebiet. Wir haben nicht nötig, in die Gänge unseres Vaterlandes Zehntausende und aber Zehntausende ausländischer, fremdsprachiger Arbeiter herbeizujagen! Doch die Verelendung fremdsprachiger ausländischer Arbeiter die Unfallgefahr und die Krankheitsgefahr erhöht, das ist ja hier wiederholt ausgesprochen worden. Es ist auch gar nicht anders zu erwarten! Hören Sie auch, wie man von gewisser Seite den Menschen im Arbeiter achtet! Ich habe hier eine Mitteilung der Betriebsleitung der Zeche de Wendel, die an ihre Steiger folgenden Ulaß richtet:

„In sämtliche Steiger! Ich bitte die Herren, sich über die Obersteiger zu informieren, wer davon in der Menge ist. Wer von diesen einen findet, bitte ich, mir sofort Mitteilung zu machen, damit ein solcher Kunde sofort ausgewartet werden kann. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf solche Weise werden die Wandern schon zum Arbeiten gezwungen werden!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

So behandelt und bestraft man Bergarbeiter, die, wie Sie ja jetzt erfahren haben, zu Hunderten eines grauenvollen Todes sterben müssen! Und dann wundert man sich noch obendrein, daß eine Erbitterung, eine Empörung unter der Arbeiterschaft Platz greift. Man will ja tatsächlich in Industriebereichen nur willenlose Industrielassen, man will keine „Industriebezügler“, wie das von dem Herrn Kollegen Traumann geprägte Wort lautet. Wir haben hier tagelang über die schwarzen Listen im Bergbau diskutiert und werden darüber noch weiter sprechen. Uebrigens war bei dieser hochwichtigen Debatte, die auch sehr aufklärend für die Zustände in den Gruben war, die Bergbehörde abwesend; bei einer so wichtigen Auseinandersetzung, die sehr tief in die Sicherheitsverhältnisse der Gruben einschneidet, hat sich keiner von den Herren der preussischen Bergbehörde, kein Regierungsvertreter hören lassen. Erst als die 300 dort auf der Zeche Madbod getödtet waren, hielt man es für notwendig, Interesse für die Arbeiterleiden zu zeigen, sich hier einzufinden. Die Erbitterung der Massen, die sich auch in dem Umpfange ausdrückte, der dem Prinzen Ciel Friedrich zuteil wurde, muß ja gesteigert werden, denn sie hören, daß man Tausende auf die schwarzen Listen setzt, daß auf alle höflichen, manchmal sehr demütigen Eingaben von Arbeiterorganisationen nicht einmal eine Antwort von Seiten der Unternehmer erfolgt. Ob es sich um eine freie, eine christliche oder kirchlich-dünkelnde Gewerkschaft handelt, ganz gleichgültig, man antwortet nicht darauf.

man verhandelt nicht mit den Arbeiterorganisationen,

ganz egal, was auch daraus folgen mag. Und doch wundert sich Herr Dr. Mann, daß die Erbitterung um sich greift! Im Altertum hat man die Bergwerkssklaven mit Ketten an die Arbeit gekettet, heute ist man „humaner“; heute macht man es mit schwarzen Listen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Bergamajor Hilgenstock hat im „Blid Auf“ über die Lohnarbeit im englischen Bergbau eine sehr interessante Studie geschrieben. Er selbst — ein Angehöriger der Grubenbesitzerfamilien! — führt aus, daß nachdem die Löhne im Bergbau Englands eingestellt worden sind, die Zahl der Streiks wesentlich abgenommen hat, daß ein besseres Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern eingetreten ist. Er sagt hinzu, daß dieser Zustand erst nach erbitterten Kämpfen der Bergarbeiter gegen die Unternehmer herbeigeführt werden konnte. Wir befinden uns in Deutschland jetzt in der Periode dieser erbitterten Kämpfe. Warum lernen denn die Herren Unternehmer nicht aus der Geschichte der Arbeiterbewegung? Sie müssen doch wissen, daß es ihnen nicht auf die Dauer gelingt, uns zurückzudrängen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Muß es denn erst noch zu neuen gewaltigen Kämpfen kommen?

Das Ende vom Liede ist doch, daß die Arbeiterschaft siegt (lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten), trotz gelegentlicher Niederlagen. Die Geschichte ist unsere Lehrmeisterin, warum verschließen sich die Industriebereichen diesen Lehren?!

Jetzt käme ich zu dem anderen Teil der Schuldigen.

Das ist die königliche Bergbehörde!

Sie erläßt Polizeiverordnungen, sie arbeitet mit an der Herausgabe von Berggesetzen usw. Die königliche Bergbehörde ist deshalb mehr noch als jede Betriebsverwaltung, jeder Betriebsbeamte und jeder Arbeiter für die Durchführung der Gesetze und der Polizeivorschriften verantwortlich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf ihr ruht also die Hauptverantwortung. Wenn sich die Vertreter der Bergbehörde hier herstellen und erklären, es wäre alles ober wesentlich „alles in Ordnung“ — wie das schon verschiedentlich auch bei anderen Katastrophen geschehen ist — wenn sie uns sagen, daß alles anders sei, was geschehen konnte, dann müssen sie doch auch die Verantwortung für das übernehmen, was in der Grube vorgeht, in vollem Umfang und in erster Linie! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sonst brauchen wir keine Bergbehörde, brauchen wir keine Bergrevierbeamte, wenn sie bloß zur Dekoration da sein sollen. Die volle Verantwortung für das, was im Bergbau geschieht, werfen nicht nur wir, sondern auch die Beamten — ihr Organ und die Versammlung von 400 Steigern am Sonntag beweisen es — in erster Linie auf die Bergbehörde, auf die preussische Bergwerksverwaltung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, hören Sie nur einige Tatsachen über das Verhältnis der Bergbehörden zu den Grubenbesitzern und den Arbeitern! Hören Sie zunächst eine nachträgliche Bekräftigung für einige Bemerkungen, die ich hier im Frühjahr anlässlich der Debatte über das Reichsvereinsgesetz gemacht habe. Damals habe ich zum Sprachenparagrafen auf Grund mir gewordener Mitteilungen die Behauptung aufgestellt, daß dieser Sprachenparagraf von dem rheinisch-westfälischen Industrieherrentum bestellt worden sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe damals auch auf Grund von Zeitungspressestimmen — die „Germania“ habe ich angeführt — nachgewiesen, daß etwas anderes — jamaal — dem Wortlaut des Paragrafen, wie er aus der Kommission herausgenommen ist — als bestellte Arbeit der Industriebereichen nicht anzunehmen sei.

Darauf hat der Herr Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg auf die Anfrage aus dem Hause betraut, ob dieser Sprachen-

paragraf auch auf die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter Anwendung finden sollte, auf die Anfrage, die von sechsämiger Seite und auch von der Wirtschaftlichen Vereinigung erfolgt ist, vor der ganzen Welt feierlich das Regierungswort gegeben: nein! unter diesen Paragrafen sollen die Gewerkschaften, die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter nicht fallen. Und nun konstatiere ich vor der ganzen Öffentlichkeit, daß im Ruhrgebiet im vollen Umfang das eingetroffen ist, was wir vorausgesetzt haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierungspräsidenten von Münster, von Aachen und von Düsseldorf — das sind die unteren Verwaltungsbehörden für das rheinisch-westfälische Industriegebiet — haben auf die Eingabe der politischen Gewerkschaft, man solle in den Gewerkschaftsversammlungen die politische Sprache gestatten, ablehnend geantwortet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat sich in diesen Eingaben auf die Erklärung des Herrn Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg berufen — es hat nichts genützt, Herr Staatssekretär! Dann haben sich die Beschwerdeführer an den preussischen Minister Graf v. Nolte gewendet, und dieser hat den Bescheid nicht widerrufen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also hat in diesem Falle die oberste preussische Regierungsbehörde das Gegenteil von dem getan, was der Herr Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg feierlich vor dem ganzen Reichstag, vor der ganzen Öffentlichkeit versprochen hat. (Erneute Rufe: Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und nun frage ich Sie.

Herr Staatssekretär, wie soll man Ihren Worten jetzt noch vertrauen?

(Lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich bin der festen Ueberzeugung: wäre die Erklärung des Herrn Staatssekretärs bezüglich der Anwendung des Sprachenparagrafen auf die Gewerkschaften nicht erfolgt, dann wäre dieser Sprachenparagraf von einer ganzen Anzahl Abgeordneten, die ihm zugestimmt haben, abgelehnt worden. (Sehr richtig! links und bei den Sozialdemokraten.) Es wird sich noch Gelegenheit finden, ausführlich darauf zurückzukommen. Aus diesem einfachen Tatbestande darf ich jetzt konstatieren, daß meine damalige Anklage, der Sprachenparagraf sei ein Geschenk an die rheinisch-westfälischen Großindustriellen, vollumfänglich bestätigt worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter, meine Herren, wir haben hier im Hause wiederholt mit Mühe darauf, daß Zehntausende fremdsprachige Arbeiter, die im Ruhrgebiet tätig sind, herangeführt worden sind, verlangt, daß hier dasselbe geschehe, was man in Preussien vorgezeichnet hat, daß für fremdsprachige Arbeiter die Zutrittsvorschriften in ihrer Muttersprache angehängt werden sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Regierung hat da den „nationalen Furor“ entfesselt.

hat immer gesagt, das dürfe aus „nationalen Gründen“ nicht geschehen. Ja, meine Herren, diese „nationalen Gründe“ erlauben, daß Zehntausende fremdsprachige Arbeiter in den Gruben beschäftigt werden, erlauben, daß diese Arbeiter in große Gefahren gebracht werden, erlauben, daß ihnen der unbeschränkte Gebrauch der Muttersprache verweigert wird — aber warum erlauben es diese „nationalen Gründe“? Weil es die Gruben- und Hüttenbesitzer wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen! Das ist die einfache Erklärung! Wie ist es bei der Borussia-Katastrophe gelaufen? Da hat die oberste Bergbehörde im Ruhrgebiet, die auch nur eine Möglichkeit der Untersuchung vorkam, die Unschuld der Grubenverwaltung beschuldigt. — Herr Oberbergat Meißner, Sie winkten ab. Wir haben in der „Bergarbeiter-Zeitung“ und in Versammlungen gefragt: hat die Bergbehörde der Grubenverwaltung das wirklich gesagt oder nicht? Die Bergbehörde hat darauf geschwiegen! Zeigen Sie mir, was Sie uns geantwortet haben, Herr Oberbergat; ich wäre dankbar, wenn Sie uns eines besseren belehrten! Weiter!

Wie ist es mit der totalen Verhinderung der Berggesetze, der Knappschafsgesetze im Landtage Preussens gewesen?

Alle arbeitervreundlichen Vorschläge, die aus dem Hause kamen, zum Teil auch von der Regierung, sind von den Grubenbesitzern lebensschädlich bekämpft worden. Die Regierung kapituliert vor ihnen! Ein ganz charakteristisches Material in dieser Beziehung liefert uns ja die Angelegenheit des Hüttenarbeiterschutzes. Im preussischen Landtag hat man noch nie über Hüttenarbeiterschutzesgesetzgebung gesprochen, man hat noch nie darüber einen Antrag angenommen; aber hier im Reichstag ist mit großer Majorität ein Antrag angenommen, die Reichsregierung solle das Hüttenarbeiterschutzgesetz in Angriff nehmen. Und was erleben wir? Die Angelegenheit der Hüttenarbeiterschutz wird aus dem Reichstag, wo sie doch wahrhaftig hingehört — hier können Sie doch keine „Hörsprüche“ geltend machen, Herr Minister! —, in das preussische Handelsministerium wie die großen Hüttenbesitzer Front gemacht haben gegen ein Hüttenarbeiterschutzgesetz, wie es der Reichstag verlangte! Auf Befehl der Hüttenbesitzer ist die Verschleppung des Hüttenarbeiterschutzgesetzes geschehen. Wir werden noch bei den sozialpolitischen Debatten Gelegenheit haben, mehr darüber zu sprechen.

Nachdem die deutsche Bergarbeiterschaft, ja das ganze Volk im Ruhrgebiet, das außerdem die merkwürdige Stellung der Bergbehörde, des Bergwerksministers zu der so tief greifenden Beschlagnahmeangelegenheit kennen gelernt hat, erfahren mußte, was ich vorhin schilderte, ist es da ein Wunder, daß sich in der Bevölkerung, nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch in weiten Kreisen des Mittelstandes notwendigerweise die Ueberzeugung festgesetzt hat, daß

Bergbehörde und Grubenbesitzer unter einer Decke

stehen? Das ist die Ueberzeugung des Volkes, meine Herren damit müssen wir jetzt rechnen. Es hilft nichts, die Tatsachen zu verschleiern; nur rücksichtsloses Aussprechen kann unserem Volke dienlich sein.

Nun komme ich zur Frage der Untersuchung der Grubenkatastrophen. Wenn es irgend eine gerechte Forderung gibt, dann ist es die, daß sämtliche Organe der Bergbehörde sich an diesen Untersuchungen nicht beteiligen dürfen, nicht einmal an einer Voruntersuchung. Ich werde Ihnen sagen, warum, wobei ich voraussetze, daß mir die Persönlichkeiten gleichgültig sind; ich werde mich gegen die Institution. Wir haben den Borussia-Prozess im Jahre 1898 gehabt, den Krämer-Hilgerprozess im Jahre 1905 in Saarabien, dann haben wir den Prozess in der Lausitz gehabt im Jahre 1906 gegen die Gruben in Sentenberg und den Prozess gegen die Zeche Hertules bei Essen im Jahre 1907. In allen diesen Prozessen trat ein bergbehörde-tlicher Vertreter als Sachverständiger auf. Nur handelte es sich in allen diesen Prozessen um Angriffe gegen die Grubenverwaltungen und auch gegen die Bergbehörde, die doch für die Sicherheit der Gruben, für die Durchführung der bergpolizeilichen Vorschriften verantwortlich ist. Obgleich auch die Schuldigen in der Bergbehörde zu suchen sind, die Bergbehörde also zweifellos mitbelaftet war, da hat man doch den Mut, aus der Bergbehörde und zwar aus dem Revier selbst, wo der betreffende Beamte, den es angeht, amtiert, den betreffenden Beamten selbst als Sachverständigen vor Gericht zu laden. In keiner eigenen Sache! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das würde bei jedem anderen Prozess ausgeschlossen sein. Jeder Untersuchungsrichter, jeder Richter, der mit einer Sache befaßt wird, wo er nicht unbeteiligt ist, lehnt sich selbst als befangen ab. Die Bergbehörde aber nimmt das Recht in Anspruch, in eigener Sache zu untersuchen, zu begutachten, zu entscheiden. Vergessen Sie doch nicht: Wenn die Bergbehörde bei einer Untersuchung der Katastrophenursachen auf den Gruben gravierende Mängel findet, dann belastet sie sich ja selbst! Das, was sie nach einer Katastrophe findet an Gesetzesverletzungen oder gar Verbrechen, das ist ja dort unter der Aufsicht der Bergbehörde entstanden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und, meine Herren, damit Sie nun nicht glauben, dies wäre eine spezifisch sozialdemokratische Anschauung, gestatten Sie, daß ich Ihnen vorlese, was die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schrieb, als die Bergbehörde im Jahre 1905 die Kommission zur Untersuchung der Mängel in den Ruhrgruben einsetzte. Der betreffende Artikel, vom 5. Februar 1905, war überschrieben: „Das Fiasko der Regierung im Streit“, und darin sagt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“: „Damit nicht genug, ist der Streit nun auch auf Schloßen übergesprungen, und zwar in allererster Linie auf die staatlichen Gruben. Das ist nun ein Schlag, welcher direkt gegen das Handelsministerium gerichtet ist. Jeder muß doch also schlußfolgern: Wenn der Handelsminister nicht augencheinlich dem Privatbergbau partiell gegenübersteht, so muß er ebenso gut wie alle diese jetzt über seine eigenen Gruben eine Untersuchung verhängen; er muß also jetzt seine eigenen Kommissionen nach Obereschleien entsenden. Wie können aber diese aus Oberbergärzten bestehenden Kommissionen je nach unten gehen, welche von ihren eigenen Kollegen vermaltert werden? Und wenn sie etwas finden, so ist doch offenbar, daß die Bergbehörden welche

Staatshuben verwalten, sich schuldig erwiesen haben. Und wenn die Bergbehörden schuldig sind, wie können dieselben Behörden dann im Ruhrrevier als Untersuchungskommission tätig sein?“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

So schreibt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“! Sie spricht in voll-

ständig korrekter Weise der Bergbehörde die Mängel ab, in diesen Fragen als unbefangene, objektive Untersuchungsbehörde tätig sein zu können. Meine Herren, haben wir es nicht in diesem Frühjahr bei der Knappschafdebatte erlebt, daß ich aus Akten des Bergwerksministeriums mitteilen konnte, daß dieses Ministerium die horrend hohen Zahlen der gemauerten Wagen der Öffentlichkeit vorenthalten hat, daß sie es verüßt hat, was die Öffentlichkeit wissen mußte?

Haben wir es nicht erlebt, mußte nicht Herr Geheimrat Eber-Wergat Meißner sich hierherstellen und zur Ueberzeugung des ganzen Volkes sagen: Jawohl, die Zahlen, die Herr Que angegeben hat, sind richtig?

Und da sollten wir ruhig zusehen, wie dieselbe Bergbehörde nach dieser fürchterlichen Katastrophe als Untersuchungsbehörde auftritt?

Das ist ganz unmöglich; das können wir nicht zugeben. Ja wir dürfen ruhig sagen: wer etwas anders will, als wir vorgeschlagen, der ist einfach grausam!

Meine Herren, wir sind Menschen und müssen uns in die Seele eines bergbehördlichen Beamten hineinsetzen, der, wie der Bergat Krömer und der Bergat Gollender die Unglücksgrube Madbod sorgsam zu inspizieren hatte. Nun soll er untersuchen, wie diese Katastrophe entstanden ist. Wenn er Miststände findet, dann findet er doch etwas, was in allererster Linie die Bergbehörde belastaet. Aus diesem Grunde müssen wir entschieden verlangen, daß die Bergbehörde in allen diesen Fällen nicht an der Untersuchung beteiligt wird, auch nicht an der Voruntersuchung! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben deswegen:

einen Antrag eingereicht, nach dem eine gemischte Kommission für die Untersuchung derartiger Unfälle eingesetzt werden soll.

und bei Veranlassung dieses Antrages, den ich dringend recht bald behandelt zu sehen wünsche, werden wir das weitere sagen. Nun, meine Herren, lassen Sie mich noch auf einen Umstand aufmerksam machen. Nach den alten Vergordnungen war es den amtsdienlichen Staatsbeamten, den sogenannten „Geschworenen“ streng verboten, in irgend einer Weise, auch nur durch Mitglieder ihrer Familie an dem Grubenvertrage beteiligt zu sein.

Lesen Sie aber jetzt mal die Aktionslisten durch! Da finden Sie dieselben Namen, die Sie in dem Personalverzeichnis der Bergbehörde als Referendare, als Affektoren, als Bergräte usw. finden.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Also, meine Herren, die Familienmitglieder kontrollieren die Gruben ihrer eigenen Familienangehörigen. Das ist doch ein Zustand, der unmöglich so bleiben kann, und schon aus diesem Grunde müssen wir verlangen, daß nach jeder Mützung hin unabhängige Arbeiterkontrollen eingeführt werden. Arbeiterkontrollen müssen schon deshalb eingeführt werden, weil wir nicht verlangen können, daß die Vertreter der Bergbehörde, die ja auch Menschen sind wie wir, aus ihrer eigenen Haut herauskommen.

Meine Herren, so dringend ist die Reform, die wir fordern, daß auch die Betungen, die man sonst als Bescheidigungen bezeichnen kann, erkannt haben, daß es so wie bisher nicht weiter geht. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schrieb 1906, als die Fusion Phönix-Grube-Mordstern erfolgte:

„Es werden die Werke nicht mehr nach technischen und gemeinwirtschaftlichen, sondern mehr von finanztechnischen und dividendenmäßigen Gesichtspunkten aus geleitet, und das ist mit Rücksicht auf die sozialpolitischen Verhältnisse unserer Zeit recht bedauerlich.“

Meine Herren, wenn es schon so weit gekommen ist, daß ein Grubenbesitzerorgan — als solches darf man diese Zeitung wohl quasi bezeichnen — sagt:

Die Werke würden nicht nach sozialpolitischen, sondern nach dividendenmäßigen Rücksichten geleitet.

dann sollte die Reichsregierung die erste sein, die sich hier bekreißelt und sagt: es ist nun genug mit den Menschenopfern, wir wollen uns die Hand reichen und alles tun, um weitere zu verhindern.

Meine Herren, ich bitte Sie dringend, bei der Gesetzgebung, die wir vorschlagen, und die ja auch von den verschiedensten Parteien vorgeschlagen worden ist, wohl zu beachten, daß dort unten in der Tiefe in den Industriegebieten sich Dinge abspielen, von denen die große Mehrheit unseres Volkes und die große Mehrheit der Volksvertretung gar keine Kenntnis hat.

Daraus erkläre ich mir allein den Widerstand, den auch sonst sozialpolitisch gerichtete Volksvertreter unseren Vorschlägen entgegensehen. Sie wissen nicht, was dort unten vorgeht. Als im Jahre 1842 die englische Royal Kommission eine Untersuchung der englischen Bergwerksverhältnisse vornahm und dann den ersten Band der Untersuchungen über die Kinderarbeit usw. auf den Tisch des Unterhauses niederlegte, ging ein Schreiben des Entschens durch das ganze englische Volk. Es wurden Zustände enthüllt, von denen die Öffentlichkeit noch nie etwas erfahren hatte. Wenn Sie unseren Antrag annehmen, dann können wir sagen, eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen, dann kann man gewissenhaft die Bergarbeiter und die Beamten befragen, und dann, meine Herren, werden auch Sie Dinge erfahren und aus der Grubentiefe erfahren, die Sie für unmöglich gehalten haben.

Warum weigert man sich eigentlich, ein Reichsberggesetz zu geben?

Man weigert sich nur, weil die Unternehmer es nicht wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben die hervorragendsten Bergrechtsautoritäten, wie Arndt, Brasser, Washe, Wethhoff usw. als Zeugen dafür, daß eine reichsgesetzliche Regelung der eigentlichen bergrechtlichen Fragen, der Besitzverhältnisse notwendig sei. Auch der verstorbenen Abgeordnete Hilber hat sich einmal für eine solche reichsgesetzliche Regelung der Bergrechtsfragen ausgesprochen. Aber weil man weiß, daß wenn diese für die Arbeiter notwendige reichsgesetzliche Regelung der Bergrechtsmaterie hier im Reichstage vorgenommen wird, dann auch die Arbeiterfragen berücksichtigt werden, deswegen nur verzichtet man lieber auf das eine, um das andere nicht zu bekommen. Warum soll denn nun ausgerechnet nur das Bergarbeiterrecht eine landesgesetzliche Angelegenheit sein? Warum sollen, wo alle anderen Industriearbeiter von der Reichsgesetzgebung erfasst werden, gerade die Bergarbeiter ausgenommen werden? Es gibt keine andere Erklärung dafür, als daß die Regierung sich einfach dem Willen der Unternehmer fügt. Man macht auch bei der Frage des Hüttenarbeiterschutzes dieselbe Erfahrung. Sobald der Reichstag an die gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Schwerindustrie gehen will, sofort stellt sich die Regierung vor die Schwerindustriellen. Das ist offenkundige Tatsache geworden.

Auf die Arbeiterkontrollen, in der Form, wie der Minister sie jetzt plant, müssen wir verzichten.

Der Minister will sie wie die in Saarabien. Wie sind sie denn in Saarabien? Gestatten Sie mir, Ihnen nur einen Fall mitzutellen. Im dem Prozess, den Geheimrat Bergat Hilger gegen den Bergmann Graemer führte, wurde von verschiedenen Arbeiterausschußmitgliedern unter Eid erklärt, als sie nach ihren Kontrollen die vorgefundenen Mängel in das Kontrollbuch eintragen wollten, habe ihnen der Obersteiger gesagt: Das kommt nicht hinein! (Hört! hört!) Die betreffenden Arbeiterkontrollen sind abhängige Leute, jederzeit auf die Straße zu werfen, und deshalb schreiben sie dann — der Befehl sei, wie er wollte — in das Kontrollbuch hinein: „Alles in Ordnung!“ Nein, meine Herren, was der Minister vorschlägt, ist keine Reform, sondern nur eine Enttarnung, hinter der man die gerechten Forderungen der Arbeiter begraben will.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Im bayerischen Landtag haben wir zu unserer Freude erlebt, daß bessere Arbeiterkontrollen im neuen Gesetz vorgeesehen sind. Die bayerische Bergbehörde hat sich überbaupt

mit sozialdemokratischer Geizigkeit als die preussische. Schon früher haben die bayerischen Bergarbeiter bei den Revolutionen mit zu Rate gezogen. In ihren Werken sind die bayerische Bergarbeiter ein schönes Vorbild für die Arbeiterkontrolleure. Dabei sind, bemerkt Sie das wohl, Herr Oberbergwerksdirektor, diese Arbeiterausführungsstellen ausnahmslos Mitglieder des angeblich sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes. Sie sehen daraus, daß wir wohl in der Lage sind, eine unparteiliche Handhabung der unterstehenden Kontrollfunktionen zu garantieren und die Parteipolitik von sachlichen Fragen zu trennen. Aber in Preußen will man keine Reformen, in Preußen darf man nicht; denn wenn man dem Arbeiter gerecht würde, so hätte man ja das millionenfache Unternehmertum der Schwerindustrie gegen sich. Meine Herren, wir müssen deshalb

Front gegen eine Reform, die keine Reform ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Aber gehen Sie weiter und beschließen Sie auch das Volks-eigentum an den unerschöpflichen Bodenschätzen. Der Herr Abgeordnete Graf Kautz hat wiederholt hier im Hause die Akkumulation des Kapitals im Bergbau und Hüttenbetrieb geschildert. Er hat geschilbert, wie man die nationalen Bodenschätze verschleudert, auch geschilbert, wie man Kohlen und Koks, die nicht zum Spekulations-zweck dienen dürften, wie man diese Brennstoffe dem deutschen Volk zu Apothekerpreisen aufzwingt. Eine kleine Handvoll von Unternehmern, eine verschwindend kleine Handvoll von Millionären beherzigt jetzt schon den ganzen Bergbau, die ganze Hüttenindustrie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von den 76 Bergwerksgesellschaften, die dem rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikat angehören, besitzen 11 allein über die Hälfte der gesamten Produktionskraft. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir sehen, daß das Kohlen-Syndikat direkt und indirekt den ganzen Kohlenmarkt Deutschlands beherrscht. Wir sehen aber, daß der Staat im Saargebiet wieder so freundlich war, dem Kohlen-Syndikat mit einer kleinen Preisermäßigung voranzugehen, damit sich das Syndikat hüthlich auf das Vorgehen des Staates berufen kann. Ich sage, meine Herren, nachdem eine solche Ansammlung von riesiger wirtschaftlicher Macht sich in wenigen Händen vollzogen hat, nachdem diese Macht zweifellos, wie auch von bürgerlicher Seite wiederholt ausgeführt worden ist, mißbraucht wird gegen das Allgemeinwohl, da ist es auch Zeit, daß man den Finger in diese Wunde legt, das Volksvermögen vor den schändlichen Verschleudern! Sie haben unter den Petitionen auch mehrere bekommen von den kleinen Eisen- und Stahlwerken im Siegerland, in Nassau usw. Lesen Sie die nach, wie diese kleinen Hüttenwerke den Lohnkampf gegen die Kartelle und die Syndikate der großen Werke kämpfen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der stärkste Rückhalt dieser Kartell- und Syndikatswirtschaft sind zweifellos die Kohlengrubenbesitzer. Ich will nicht auf die Nebenfrage der Einfuhrzölle auf Hoheisen usw. eingehen. Aber wir haben sogar die preussische Regierung als Zeugen für die Gemeingefährlichkeit der monopolistischen Entwicklung in unserer Bergwerksindustrie. Als im Jahre 1908 das Abzugsgesetz dem preussischen Landtage vorgelegt wurde, wurde in der Begründung des Gesetzes eingehend ausgeführt, wie sich die Verhältnisse im Bergbau, wie sich die Verhältnisse im Bergbau, wie sich die Verhältnisse usw. entwickelt hat. Dann heißt es:

„Diese Vorkriegsbedingungen und -Unternehmer mit den hinter ihnen stehenden Banken und Kapitalisten. — also die Regierung weiß wohl, daß die Hochfinanz der Gegner ist, mit dem sie zu rechnen hat — haben geradezu ein Monopol in Beziehung auf den Erwerb von Bergwerkseigentum an Steinohle und Salzen erlangt.“

„Im übrigen ist die von dem allgemeinen Berggesetz gewollte Bergbaufreiheit für Steinkohle und Salze so gut wie ausgefallen, da ein Dritter nicht wagen darf, gegen die übermächtigen Gesellschaften und Unternehmer in Wettbewerb zu treten.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die preussische Regierung sagt in der Begründung ihrer Gesetzesvorlage weiter:

„Insoweit das verlebene Bergwerkseigentum von wirklichem Wert ist, gefährdet seine allzu ausgeübte Vereinigung in der Hand einzelner Interessenten das Gemeinwohl in noch höherem Grade. Der Einfluß einzelner Personen auf die Versorgung des Marktes mit wichtigen und unentbehrlichen Gegenständen des allgemeinen Bedarfs und Gebrauchs wird in bedeutendem Maße verstärkt, unter Umständen sogar die Gefahr einer nicht ausreichenden Versorgung des Marktes mit den Erzeugnissen des Bergbaues und einer rückwärtigen Preis-treibern nahegelegt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, was nur in sozialistischen Publikationen bis dato zu lesen war über die gemeingefährliche monopolistische Entwicklung in unserer Kohlenindustrie, was Marx und Engels vor Jahrzehnten schon als Quintessenz ihrer wirtschaftlichen Forschung dargelegt haben, das bestätigt uns hier die preussische Regierung in ihrer Begründung des fraglichen Berggesetzes. Das, was unsere Gegner heute noch trotz alledem als „sozialistische Utopien“ zu verhöhnen pflegen, ist Wahrheit, greifbare Wirklichkeit geworden. Dafür zeugt auch die preussische Regierung mit ihrer Gesetzesbegründung.

Die Ausdauerung des Volkes wird mit der Zunahme der Akkumulierung des Kapitals immer größer. Meine Herren, wir wissen, aus dem Grunde nur ist die Regierung in Preußen gegen die Arbeiterforderungen, weil sie nicht wagt, gegen die immense Macht der kapitalistischen Monopole anzutreten. Aus diesem Grunde erklärt sich die Regierung gegen das Reichsberggesetz, spricht sie gegen die Arbeiterkontrolleure, will sie kein Hüttenarbeiterausführungsgesetz zulassen.

Welche Apothekerpreise müssen z. B. die Berliner für Lauscher Brätsen, für schlesische und westfälische Steinkohlen geben! Wenn man im Volks wisse, wie billig diese gefördert werden, so würde eine gewaltige Empörung die Bevölkerung erlassen darüber, daß sie so ausgebeutet wird. Meine Herren, das Ausland bekommt unsere Brennstoffe um ein ganzes Drittel billiger. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dadurch wird dadurch eine Konkurrenz erzeugt, die uns die Kräfte, in der wir leben, noch verschärft.

Meine Herren, dieser Verschleuderung der unerschöpflichen Nationalgüter muß Einhalt getan werden. Es gibt kein anderes Mittel dafür als das, was auch hier im Hause von bürgerlicher Seite ausgeführt worden ist: eine Verstaatlichung der Gruben, und zwar durch das Reich, eine Expropriation der Expropriateure! (Beifällige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es gibt kein anderes Mittel, das zum volkstümlichen Ziele führt.

Damit Sie nicht meinen, auch das sei etwas, was nur einem sozialdemokratischen Gehirn entströmen könne, möchte ich Ihnen auch mitteilen, was einer unserer hervorragenden Nationalökonomien, der Herr Professor Dr. Adolf Wagner, über diese Frage ausspricht. Herr Professor Dr. Adolf Wagner über die Kartelle hat folgende, als die konstitutionellen Verhältnisse über die Kartelle festgestellt. Da stand zur Verhandlung: die Eisenkartelle. In einem Resümee seiner Rede erklärte er als Sachverständiger geliebte Herr Professor Dr. Adolf Wagner folgendes:

„Wir scheint die Entwicklung, wie wir sie neuerdings gehabt haben, und wie es auch im Stahlwerksverband an einem sehr wichtigen Beispiele zeigt, denen recht zu geben, die da sagen: diese Entwicklung führt zu einer immer stärkeren Konzentration von Reichtum, Vermögen und Einkommen auf der einen Seite, zu immer stärkeren Klagengegenständen auf der anderen Seite; wesentlich daraus geht das ganze moderne soziale Problem hervor: von dem Punkte kommen wir nicht vorbei.“

Meine Herren, das sagen wir Sozialisten ebenfalls, an dem Punkte kommen wir nicht vorbei. Unabhängige Männer der Wissenschaft, die ehrlich aussprechen, was sie aus Forschungen und Erkenntnissen gefunden haben, kommen mit uns zu der Überzeugung, daß wir die Geburtswehen einer neuen Gesellschaftsordnung erleben, die nach unserer Überzeugung eine bessere sein wird als die heutige. Die Sozialisten verlangen, daß diejenigen, die heute die Produktionsmittel in Händen haben — und wie sie sie ausüben, haben wir ja erfahren, bis erklärt das deutsche Volk an jedem Tag am eigenen Leibe —, wir Sozialisten verlangen eine Enteignung dieser Leute zum nationalen Nutzen. Wir verlangen, daß man auch in der Volksvertretung, im deutschen Reichstag, sich davon überzeugt, daß man an diesem Problem — das ist die Grundfrage unserer Zeit — nicht vorbeikommt. Man kann reden und reden oder nicht, man kann es bestritten, man ändert nichts an der Tatsache, daß die gewaltige Mehrheit des Volkes in immer größerem Abstand von den besitzenden Klassen her, was notwendig ist zur Erhaltung der Kraft der Nation. Meine Herren, wenn Sie an die Reichsberggesetzgebung herangehen und herangehen müssen Sie im Interesse der Arbeiter, so vergessen Sie nicht, daß wir auch das noch viel bedeutsamere Problem vor Ihnen haben: wie erhalten wir unseren Volk das, was dem Volke gehört? Die Bewahren wir die Nation vor der Verschleuderung der nationalen Bodenschätze? Sie kommen über diesen Punkt nicht hinweg! Nur ausschließen können Sie seine Verdrängung, aber jeder Ausschluß führt dem Allgemeinwohl unendlich Schaden zu. Sie müssen diese soziale Frage lösen, wie wir Sozialdemokraten es Ihnen vorschlagen. Lieber den Punkt kommen Sie nicht hinweg! (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben nicht verlangt, dieser oder jener Mann, dieser Grubenbeamter oder jener Angestellte der Bergbehörde gehören auf die Anklagebank, wir haben auch nicht gesagt, daß wir in den einzelnen Grubenkapitalisten Räuber und Mörder sähen, die man ohne weiteres Verfahren zu richten habe. Was wir verlangt haben, ist, daß zur Anklage gestellt wird das System, das Massen-

Meine Herren, das sagen wir Sozialisten ebenfalls, an dem Punkte kommen wir nicht vorbei. Unabhängige Männer der Wissenschaft, die ehrlich aussprechen, was sie aus Forschungen und Erkenntnissen gefunden haben, kommen mit uns zu der Überzeugung, daß wir die Geburtswehen einer neuen Gesellschaftsordnung erleben, die nach unserer Überzeugung eine bessere sein wird als die heutige. Die Sozialisten verlangen, daß diejenigen, die heute die Produktionsmittel in Händen haben — und wie sie sie ausüben, haben wir ja erfahren, bis erklärt das deutsche Volk an jedem Tag am eigenen Leibe —, wir Sozialisten verlangen eine Enteignung dieser Leute zum nationalen Nutzen. Wir verlangen, daß man auch in der Volksvertretung, im deutschen Reichstag, sich davon überzeugt, daß man an diesem Problem — das ist die Grundfrage unserer Zeit — nicht vorbeikommt. Man kann reden und reden oder nicht, man kann es bestritten, man ändert nichts an der Tatsache, daß die gewaltige Mehrheit des Volkes in immer größerem Abstand von den besitzenden Klassen her, was notwendig ist zur Erhaltung der Kraft der Nation. Meine Herren, wenn Sie an die Reichsberggesetzgebung herangehen und herangehen müssen Sie im Interesse der Arbeiter, so vergessen Sie nicht, daß wir auch das noch viel bedeutsamere Problem vor Ihnen haben: wie erhalten wir unseren Volk das, was dem Volke gehört? Die Bewahren wir die Nation vor der Verschleuderung der nationalen Bodenschätze? Sie kommen über diesen Punkt nicht hinweg! Nur ausschließen können Sie seine Verdrängung, aber jeder Ausschluß führt dem Allgemeinwohl unendlich Schaden zu. Sie müssen diese soziale Frage lösen, wie wir Sozialdemokraten es Ihnen vorschlagen. Lieber den Punkt kommen Sie nicht hinweg! (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind verbrannt, erschlagen im Schachte, wir erlagen der Elemente Wut. Ihr aber habt's verschuldet, habt die Gefahr geduldet, auf euch komm' unser Blut! — S. R.

Die erste Aufregung über Radbod ist vorüber. Ein Teil der Toten ist beerdigt, dreihundert Knappen, verbrannt, zerfetzt und verflümmelt, müssen noch aus der Tiefe geholt, um neben ihre Kameraden gebettet werden zu können. Nachdem nun gar auch die Parlamente gesprochen haben, wird es nicht lange dauern und auch in der Presse wird der Name Radbod nicht mehr die Stelle einnehmen, wie in den letzten Wochen. Ja, wir gehen soweit, zu sagen, daß es Mühe kosten wird, die Erinnerung an die entsetzlichste Grubenkatastrophe, die Deutschland je gesehen hat, aufrecht zu erhalten. Und doch darf dieses Unglück nicht der Vergessenheit anheimfallen, bis den Knappen ihr Recht wird. Eine große Schuld ist abzutragen — eine Schuld, die auf der deutschen Nation nun einmal lastet. Und diese Schuld ist, daß man es bisher nicht vermocht hat, Tausenden Bergarbeitern das Leben und die Gesundheit zu erhalten. O, man hätte es vermocht, aber man hat es nicht gewollt! Kapitalistische Gewissenlosigkeit hat in Deutschland den so nötigen Bergarbeiterschutz verhindert.

Kapitalistische Gewissenlosigkeit ist ein schlimmes Wort. Und noch schlimmer ist es auszusprechen, wenn es mit einer Kultur in Verbindung gebracht werden muß, der die Mittel zur Hand gegeben sind, unsäglichen Elend von Tausenden armen gedrückten Menschen abzuhalten. In kaum mehr als 20 Jahren in einem einzigen Berufe, im Bergbau, sind 24010 Menschen getötet worden! In Deutschland allein! 1748 Tote im Jahre 1907, in einem einzigen Jahre! Das Jahr 1908 dürfte noch mehr Bergarbeiter-tötungen bringen. Unzählige Unfälle, die dem einzelnen Bergarbeiter oder mehreren den Tod brachten, liegen in diesem Jahre hinter uns. Und wollten wir zusammenzählen, was schon wieder nach der Katastrophe von Radbod auf den verschiedensten Gruben in den verschiedensten Revieren im Bergbau zu Tode kam, die Zahl würde erschrecken. Zusammen bilden diese Unfälle wieder eine grauenhafte Massenhekatombe. Wer hat sich dieser einzelnen Todesfälle nach Radbod erinnert? Soweit geht in weiten Kreisen unserer Bevölkerung das Mitgefühl für die leidenden Bergknappen nicht, daß sie die Aufregung, die sie bei Radbod zur Schau trugen, auch an die weiteren verheerenden Einzelunfälle weiter knüpfen. Kaum daß diese Unfälle registriert werden! Es gibt genug Organe, die sie ganz verschweigen, andere wagen nicht einmal die Namen der Unglücksgruben zu nennen. Wir kennen Organe, die für Bergarbeiter geschrieben sind, die selbst das Massenunglück auf Radbod mit einigen nichtsagenden oder für die Verunglückten beschimpfenden Zeilen abtaten. Der „Feierabend“ in Waldenburg, dann das Organ der reichstreuen Bergarbeiter in Ranschelder Revier. Das ist so beschämend, wie bezeichnend. Nicht einmal den Mut fanden sie, sich der Bergarbeiterforderungen zu erinnern, auf besseren Bergarbeiterschutz zu drängen. Soweit ging die Kameradschaftlichkeit mit den Hunderten Verunglückten nicht. Im Ruhrbezirk first ein werkskapitalistischer Bergagent, der sogar einen „alten Bergmann“ gegen den Bergarbeiterstich in den Gruben, gegen die Arbeiterkontrolleure, sprechen ließ. Wozu den Werkorganen der Mut in diesen Tagen fehlte, das brachte dieser Bergagent fertig. Haben wir es in Deutschland nicht herrlich weit gebracht?

Wenn wir von kapitalistischer Gewissenlosigkeit sprechen, so haben wir hierbei nicht die einzelnen Menschen im Auge. Gewiß, es gibt auch solche — bielmehr es hat solche Menschen gegeben, die es wagten, aller Menschlichkeit zum Hohne, ihrem Hygnismus nach Katastrophen keine Fesseln anzulegen. Es gibt solche Leute heute noch mehr, als wir es wünschen können. Aber unsere Verschuldungen, die wir anlässlich des Hammer Unglücks erhoben, haben trotzdem nicht die einzelnen Personen treffen sollen. Unsere Anklagen sollten das System richten, unter dem solche Katastrophen möglich sind. Und wir waren in der Lage, dieses System wieder einmal in seiner ganzen Blöße aufzudecken — wie schon so oft! Wenn trotzdem bisher keine Besserung erfolgte, dann lag das an der Gewissenlosigkeit, auf der das heutige grubenkapitalistische System beruht. Das ist ein Unglück für die Bergarbeiter wie für die Nation, in der wir leben.

„Es ist ja, als ob wir alle Räuber und Mörder wären!“ So soll zornbeben sich ein Bergbeamer nach der „Deutschen Bergwerkszeitung“ auf der Fahrt nach dem Unglückschachte Radbod ausgerufen haben, als er die ersten Debatten im Reichstag über Radbod gelesen hatte. Und einige Tage später sprach das genannte Organ seine Empörung darüber aus, daß man ohne Verhör und Untersuchung, Rede und Gegenrede abzuwarten, das Schuldig ausgesprochen habe. „Dem Mörder gewähre man ein öffentliches Verfahren, einem deutschen Arbeitgeber sei man diese Billigkeit nicht mehr schuldig.“ Die „Post“ und die „Schlesische Zeitung“ nannten uns die „Hyänen des Schlachtfeldes“, weil wir nicht in unseren Vorwürfen Maß gehalten hätten. Wir sagen, daß die „Post“ und die ihr seelenverwandte „Schlesische Zeitung“ unter den Sammelnamen Sozialdemokratie auch den Bergarbeiterverband und ihre Angestellten trifft. Und die fromme „Tägliche Rundschau“ meint schon, ob nicht statt der preussischen Bergbehörde die sozialdemokratischen Führer auf die Anklagebank gehören. Nun, wir sehen der eventuellen Erfüllung des frommen Wunsches der „Täglichen Rundschau“ mit großer Seelenruhe entgegen.

Wir haben nicht verlangt, dieser oder jener Mann, dieser Grubenbeamter oder jener Angestellte der Bergbehörde gehören auf die Anklagebank, wir haben auch nicht gesagt, daß wir in den einzelnen Grubenkapitalisten Räuber und Mörder sähen, die man ohne weiteres Verfahren zu richten habe. Was wir verlangt haben, ist, daß zur Anklage gestellt wird das System, das Massen-

Wir sind verbrannt, erschlagen im Schachte, wir erlagen der Elemente Wut. Ihr aber habt's verschuldet, habt die Gefahr geduldet, auf euch komm' unser Blut! — S. R.

Die erste Aufregung über Radbod ist vorüber. Ein Teil der Toten ist beerdigt, dreihundert Knappen, verbrannt, zerfetzt und verflümmelt, müssen noch aus der Tiefe geholt, um neben ihre Kameraden gebettet werden zu können. Nachdem nun gar auch die Parlamente gesprochen haben, wird es nicht lange dauern und auch in der Presse wird der Name Radbod nicht mehr die Stelle einnehmen, wie in den letzten Wochen. Ja, wir gehen soweit, zu sagen, daß es Mühe kosten wird, die Erinnerung an die entsetzlichste Grubenkatastrophe, die Deutschland je gesehen hat, aufrecht zu erhalten. Und doch darf dieses Unglück nicht der Vergessenheit anheimfallen, bis den Knappen ihr Recht wird. Eine große Schuld ist abzutragen — eine Schuld, die auf der deutschen Nation nun einmal lastet. Und diese Schuld ist, daß man es bisher nicht vermocht hat, Tausenden Bergarbeitern das Leben und die Gesundheit zu erhalten. O, man hätte es vermocht, aber man hat es nicht gewollt! Kapitalistische Gewissenlosigkeit hat in Deutschland den so nötigen Bergarbeiterschutz verhindert.

Kapitalistische Gewissenlosigkeit ist ein schlimmes Wort. Und noch schlimmer ist es auszusprechen, wenn es mit einer Kultur in Verbindung gebracht werden muß, der die Mittel zur Hand gegeben sind, unsäglichen Elend von Tausenden armen gedrückten Menschen abzuhalten. In kaum mehr als 20 Jahren in einem einzigen Berufe, im Bergbau, sind 24010 Menschen getötet worden! In Deutschland allein! 1748 Tote im Jahre 1907, in einem einzigen Jahre! Das Jahr 1908 dürfte noch mehr Bergarbeiter-tötungen bringen. Unzählige Unfälle, die dem einzelnen Bergarbeiter oder mehreren den Tod brachten, liegen in diesem Jahre hinter uns. Und wollten wir zusammenzählen, was schon wieder nach der Katastrophe von Radbod auf den verschiedensten Gruben in den verschiedensten Revieren im Bergbau zu Tode kam, die Zahl würde erschrecken. Zusammen bilden diese Unfälle wieder eine grauenhafte Massenhekatombe. Wer hat sich dieser einzelnen Todesfälle nach Radbod erinnert? Soweit geht in weiten Kreisen unserer Bevölkerung das Mitgefühl für die leidenden Bergknappen nicht, daß sie die Aufregung, die sie bei Radbod zur Schau trugen, auch an die weiteren verheerenden Einzelunfälle weiter knüpfen. Kaum daß diese Unfälle registriert werden! Es gibt genug Organe, die sie ganz verschweigen, andere wagen nicht einmal die Namen der Unglücksgruben zu nennen. Wir kennen Organe, die für Bergarbeiter geschrieben sind, die selbst das Massenunglück auf Radbod mit einigen nichtsagenden oder für die Verunglückten beschimpfenden Zeilen abtaten. Der „Feierabend“ in Waldenburg, dann das Organ der reichstreuen Bergarbeiter in Ranschelder Revier. Das ist so beschämend, wie bezeichnend. Nicht einmal den Mut fanden sie, sich der Bergarbeiterforderungen zu erinnern, auf besseren Bergarbeiterschutz zu drängen. Soweit ging die Kameradschaftlichkeit mit den Hunderten Verunglückten nicht. Im Ruhrbezirk first ein werkskapitalistischer Bergagent, der sogar einen „alten Bergmann“ gegen den Bergarbeiterstich in den Gruben, gegen die Arbeiterkontrolleure, sprechen ließ. Wozu den Werkorganen der Mut in diesen Tagen fehlte, das brachte dieser Bergagent fertig. Haben wir es in Deutschland nicht herrlich weit gebracht?

Wenn wir von kapitalistischer Gewissenlosigkeit sprechen, so haben wir hierbei nicht die einzelnen Menschen im Auge. Gewiß, es gibt auch solche — bielmehr es hat solche Menschen gegeben, die es wagten, aller Menschlichkeit zum Hohne, ihrem Hygnismus nach Katastrophen keine Fesseln anzulegen. Es gibt solche Leute heute noch mehr, als wir es wünschen können. Aber unsere Verschuldungen, die wir anlässlich des Hammer Unglücks erhoben, haben trotzdem nicht die einzelnen Personen treffen sollen. Unsere Anklagen sollten das System richten, unter dem solche Katastrophen möglich sind. Und wir waren in der Lage, dieses System wieder einmal in seiner ganzen Blöße aufzudecken — wie schon so oft! Wenn trotzdem bisher keine Besserung erfolgte, dann lag das an der Gewissenlosigkeit, auf der das heutige grubenkapitalistische System beruht. Das ist ein Unglück für die Bergarbeiter wie für die Nation, in der wir leben.

„Es ist ja, als ob wir alle Räuber und Mörder wären!“ So soll zornbeben sich ein Bergbeamer nach der „Deutschen Bergwerkszeitung“ auf der Fahrt nach dem Unglückschachte Radbod ausgerufen haben, als er die ersten Debatten im Reichstag über Radbod gelesen hatte. Und einige Tage später sprach das genannte Organ seine Empörung darüber aus, daß man ohne Verhör und Untersuchung, Rede und Gegenrede abzuwarten, das Schuldig ausgesprochen habe. „Dem Mörder gewähre man ein öffentliches Verfahren, einem deutschen Arbeitgeber sei man diese Billigkeit nicht mehr schuldig.“ Die „Post“ und die „Schlesische Zeitung“ nannten uns die „Hyänen des Schlachtfeldes“, weil wir nicht in unseren Vorwürfen Maß gehalten hätten. Wir sagen, daß die „Post“ und die ihr seelenverwandte „Schlesische Zeitung“ unter den Sammelnamen Sozialdemokratie auch den Bergarbeiterverband und ihre Angestellten trifft. Und die fromme „Tägliche Rundschau“ meint schon, ob nicht statt der preussischen Bergbehörde die sozialdemokratischen Führer auf die Anklagebank gehören. Nun, wir sehen der eventuellen Erfüllung des frommen Wunsches der „Täglichen Rundschau“ mit großer Seelenruhe entgegen.

Wir haben nicht verlangt, dieser oder jener Mann, dieser Grubenbeamter oder jener Angestellte der Bergbehörde gehören auf die Anklagebank, wir haben auch nicht gesagt, daß wir in den einzelnen Grubenkapitalisten Räuber und Mörder sähen, die man ohne weiteres Verfahren zu richten habe. Was wir verlangt haben, ist, daß zur Anklage gestellt wird das System, das Massen-

Katastrophen nicht verhindern kann, nein, solchen Katastrophen geradezu Vorhub leisten muß. Wir haben verlangt, daß angesprochen werden muß, welche Gewissenlosigkeit dieses bergbau-kapitalistische System gebiert, wie dieses System aller Gerechtigkeit und aller Menschlichkeitohn hocht. Und wir haben gesagt, daß wir nicht eher ruhen werden, im Interesse der armen Bergarbeiter und ihrer Angehörigen, bis diese kapitalistische Gewissenlosigkeit, die mit dem kapitalistischen System verbunden ist, beseitigt ist. Das ist die „Schuld“, die wir gerne auf uns nehmen wollen und müssen. Wir kämpfen gegen ein System, das die Bergarbeiter zu Hunderttausenden zu Vergessenen gemacht hat!

Wir kämpfen gegen ein System, das in dem Bergarbeiter nicht den Industriebürger sieht, ihn nicht im Arbeitsvertrag gleichwertig betrachtet! Und wir kämpfen an gegen die fortgeschrittenen Brutalitäten, mit denen die Bergarbeiter von den Gewaltgebern so überreichlich bedacht werden, gegen Brutalitäten die die Bergarbeiter nicht zu Ruhe kommen lassen und die die Bergarbeiter mit ihrem Herzblut quillenden müssen.

Wir sind Menschen und Bürger! Und das geringste, was wir verlangen können, ist, daß wir die lebenden Leiber vor dem grauenhaften Tode im Bergbau soweit wie möglich schützen. Und da wagt man, uns ins Gesicht zu scheudern, wir gehörten auf die Anklagebank, wir seien so verkommen, daß wir in jedem Beamten den Mörder sähen! Wir beleidigten die Menschheit, wollten wir uns schuldig fühlen, einer Ungerechtigkeits das Wort geredet zu haben. Die Elite der deutschen Bergarbeiter-schaft hat uns an eine Stelle gestellt, wo wir die Rechte der Bergarbeiter als Menschen und Bürger zu wahren haben. Von dieser Pflicht entblüdet uns keine Bedrohung, das wollen wir auch hier gesagt haben.

Wenige Wochen sind nach dem Unglück jetzt vergangen. Wo sind die Leute, die unsere Feststellungen über die Dinge, die der Katastrophe vorausgingen und die als die Ursachen hierbei mitspielen, entkräften konnten? Was wir geschrieben haben, das ist uns nicht nur von einer Seite schon bekräftigt und unterstrichen worden. Und die Folge ist, daß mit uns Millionen, ja jeder Menschenfreund, die Befestigung des jetzt noch herrschenden Systems auf den Bergwerken verlangt und daß die Stimmen aus allen Bevölkerungsschichten wie wir, besseren Bergarbeiterstimm für die Vergessenen verlangen. Stellt doch diese Millionen, die mit uns einer Meinung sind, auf die Anklagebank! Beschuldigt uns, die wir im Vordertreffen der Kämpfe um größere Sicherheit in den Gruben für die Bergarbeiter stehen und die wir unsere Überzeugung mit unserer Person decken. Wir verpflichten den Stützen des heutigen Regimes im Bergbau und unserer Beschimpfer, daß wir doppelt eifrig an die Arbeit für unsere leidenden Kameraden gehen werden. Wir werden dafür sorgen, daß die Erinnerung an die Verunglückten im Bergbau wachgehalten wird, bis den Bergarbeitern ihr Bürger- und Menschenrecht wird. Ein solches Tun bleibt auf die Dauer doch nicht fruchtlos!

Wir sind Menschen und Bürger! Und das geringste, was wir verlangen können, ist, daß wir die lebenden Leiber vor dem grauenhaften Tode im Bergbau soweit wie möglich schützen. Und da wagt man, uns ins Gesicht zu scheudern, wir gehörten auf die Anklagebank, wir seien so verkommen, daß wir in jedem Beamten den Mörder sähen! Wir beleidigten die Menschheit, wollten wir uns schuldig fühlen, einer Ungerechtigkeits das Wort geredet zu haben. Die Elite der deutschen Bergarbeiter-schaft hat uns an eine Stelle gestellt, wo wir die Rechte der Bergarbeiter als Menschen und Bürger zu wahren haben. Von dieser Pflicht entblüdet uns keine Bedrohung, das wollen wir auch hier gesagt haben.

Wenige Wochen sind nach dem Unglück jetzt vergangen. Wo sind die Leute, die unsere Feststellungen über die Dinge, die der Katastrophe vorausgingen und die als die Ursachen hierbei mitspielen, entkräften konnten? Was wir geschrieben haben, das ist uns nicht nur von einer Seite schon bekräftigt und unterstrichen worden. Und die Folge ist, daß mit uns Millionen, ja jeder Menschenfreund, die Befestigung des jetzt noch herrschenden Systems auf den Bergwerken verlangt und daß die Stimmen aus allen Bevölkerungsschichten wie wir, besseren Bergarbeiterstimm für die Vergessenen verlangen. Stellt doch diese Millionen, die mit uns einer Meinung sind, auf die Anklagebank! Beschuldigt uns, die wir im Vordertreffen der Kämpfe um größere Sicherheit in den Gruben für die Bergarbeiter stehen und die wir unsere Überzeugung mit unserer Person decken. Wir verpflichten den Stützen des heutigen Regimes im Bergbau und unserer Beschimpfer, daß wir doppelt eifrig an die Arbeit für unsere leidenden Kameraden gehen werden. Wir werden dafür sorgen, daß die Erinnerung an die Verunglückten im Bergbau wachgehalten wird, bis den Bergarbeitern ihr Bürger- und Menschenrecht wird. Ein solches Tun bleibt auf die Dauer doch nicht fruchtlos!

Grinnerungen. Vor uns liegt die Nr. 6 der „Zeitung der deutschen Bergleute“ (so nannte sich früher einmal unser Verbandsorgan) vom 7. Februar 1891. Auf der ersten Seite lesen wir nur die wenigen aber inhaltsschweren Worte:

„Die Massenverunglückung auf Zeche Hibernia. Konfiszieren! Infolge Beschlusses des hiesigen Königl. Amtsgerichts vom heutigen Tage habe ich in der Ruderei der Frau Hof. Zeug hier selbst die vorhandenen Exemplare der Nr. 6 der „Zeitung der deutschen Bergleute“, vom 7. d. M. beschlagnahmt. (48 Patete.) Gelsenkirchen, den 5. Februar 1891.“

Somit zeigt die Zeitung außer dem Kopf des Blattes, eine weiche Fläche. Konfiszierungen waren zur damaligen Zeit auch auf dem Verbandsbureau keine Seltenheiten. Keine Seltenheit ebenso wenig wie Anklagen. Anklagen schwebten zur selben Zeit, wo diese Konfiskation vor sich ging, gegen die damaligen Bergarbeiterführer: August Siegel, in fünf, Heinrich Hümminghaus in fünf, Joh. Beckmann in zwei, Joh. Meyer in zwei, Heinrich Müller in sechs bis acht Fällen. Ludwig Schröder, Friedrich Bunte und Heinrich Bauer je in einem Fall. Außer diesen genannten waren Hunderte andere wegen Vergehen, die sie sich in der Bergarbeiterbewegung zuzogen, in Anklagezustand versetzt worden. „Der Raum der Zeitung läßt es nicht zu, sie alle aufzuzählen.“ So hieß es. Auch die konfiszieren Nummer sollte Anlaß zu einer schweren Anklage gegen Hümminghaus, der die Zeitung zeichnete, geben und diesen auf lange Zeit — wenn wir recht haben, auf ein ganzes Jahr in den Kerker bringen. Die Verbandsführer wechselten sich damals in der Führung gegenseitig ab, einige von ihnen sahen immer in Gefängnis. Es war eine böse Zeit, der Geist des Sozialistengesetzes beherrschte noch zu sehr die öffentliche Gewalt und es wurden damals oft hohe Strafen für Delikte ausgesprochen und Zeitungen konfiszieren, für die sich heute kaum ein öffentlicher Ankläger und Jenseit finden würde. Warum man damals aber zu so hohen Strafen griff, dafür dürfte selbst den jüngeren Juristen das Verständnis fehlen, obwohl es an drakonischen Urteilen heute noch nicht fehlt. Doch was war die Veranlassung zur Konfiskation des Verbandsorgans?

Am 23. Januar ereignete sich auf der Zeche Hibernia eine Schlagwettersplosion, die 54 Bergarbeiter tötete, außerdem waren eine große Anzahl Verwundete zu verzeichnen. Es war selbstverständlich, daß das Verbandsorgan Stellung zu diesem großen Unglück nahm und u. a. auch in der oben bezeichneten Nummer das Unglück besprach. Die Organisation hatte damals die Bergarbeiter noch nicht so geküßt, daß sie die Grubenmißstände in Verbindung mit den gesetzlichen Vorschriften brachten und diese der Verbandsleitung übermittelten. Diese war in der Beurteilung des Unglücks und seiner Ursachen aus diesen wie auch aus anderen Gründen auf sich selbst angewiesen. Man führte das Unglück mit Recht zunächst juristisch auf die unzulängliche Weiterführung und es wurden der Bergbehörde diesbezügliche Vorschläge unterbreitet und bessere Weiterführung verlangt. Man weiß aber auch hier, daß vielleicht die Katastrophe nicht erfolgt wäre, wenn von den 2 1/2 Millionen Reingewinn (Halbjahresgewinn) eine halbe Million für bessere Weiterführung ausgegeben worden wäre. An Gasansammlung gabe es an der Unfallstätte — die 8. Sohle — nicht gefehlt. Es kam dann die verhängnisvolle Stelle, die dort

2 1/2 Millionen Reingewinn und 54 Tote auf einen Schlag! sprach und ferner besagt, daß überreicher Gewinn einerseits und mangelnder Bergarbeiterstimm andererseits die Merkmale des „heutigen“ Bergbaues seien. Um diesen Gedanken nicht unter die Bergarbeiterschaft sichern zu lassen, wie auch um einige andere scharfe Wendungen zu ahnden, wurde die Konfiskation der Zeitung beschlossen und durchgeführt. Es blieb bei der Beschuldigung, daß die Arbeiter die Schuldigen waren. Ihre Unvorsichtigkeit hatte den Tod ihrer Kameraden verschuldet; bei fast allen Unfällen wurden damals noch die „zerbrochenen“ bzw. „geöffneten“ Lampen gefunden. Gierig verbreitete dann die Werkpresse die Nachricht von den schuldigen Bergknappen. Man sprach hin und wieder auch von der „höheren Gewalt“ aber billiger war es Bergarbeiter zu beschimpfen. Hümminghaus wanderte ins Gefängnis, damit war für die Öffentlichkeit die Sache zunächst erledigt. In

„2 1/2 Millionen Reingewinn und 54 Tote auf einen Schlag!“ sprach und ferner besagt, daß überreicher Gewinn einerseits und mangelnder Bergarbeiterstimm andererseits die Merkmale des „heutigen“ Bergbaues seien. Um diesen Gedanken nicht unter die Bergarbeiterschaft sichern zu lassen, wie auch um einige andere scharfe Wendungen zu ahnden, wurde die Konfiskation der Zeitung beschlossen und durchgeführt. Es blieb bei der Beschuldigung, daß die Arbeiter die Schuldigen waren. Ihre Unvorsichtigkeit hatte den Tod ihrer Kameraden verschuldet; bei fast allen Unfällen wurden damals noch die „zerbrochenen“ bzw. „geöffneten“ Lampen gefunden. Gierig verbreitete dann die Werkpresse die Nachricht von den schuldigen Bergknappen. Man sprach hin und wieder auch von der „höheren Gewalt“ aber billiger war es Bergarbeiter zu beschimpfen. Hümminghaus wanderte ins Gefängnis, damit war für die Öffentlichkeit die Sache zunächst erledigt. In

„2 1/2 Millionen Reingewinn und 54 Tote auf einen Schlag!“ sprach und ferner besagt, daß überreicher Gewinn einerseits und mangelnder Bergarbeiterstimm andererseits die Merkmale des „heutigen“ Bergbaues seien. Um diesen Gedanken nicht unter die Bergarbeiterschaft sichern zu lassen, wie auch um einige andere scharfe Wendungen zu ahnden, wurde die Konfiskation der Zeitung beschlossen und durchgeführt. Es blieb bei der Beschuldigung, daß die Arbeiter die Schuldigen waren. Ihre Unvorsichtigkeit hatte den Tod ihrer Kameraden verschuldet; bei fast allen Unfällen wurden damals noch die „zerbrochenen“ bzw. „geöffneten“ Lampen gefunden. Gierig verbreitete dann die Werkpresse die Nachricht von den schuldigen Bergknappen. Man sprach hin und wieder auch von der „höheren Gewalt“ aber billiger war es Bergarbeiter zu beschimpfen. Hümminghaus wanderte ins Gefängnis, damit war für die Öffentlichkeit die Sache zunächst erledigt. In

die Erfüllung der Forderung der Bergarbeiter, die diese schon 1880 auf dem Galter Bergarbeiterkongress gestellt hatten: Verschärfung der Grubenkontrolle durch die Mitwirkung praktischer Bergarbeiter, dachte kein Mensch bei der Regierung und bei den Werksverwaltungen. Und so blieb es beim Alten, da die Bergarbeiter auch in den Parlamenten nicht den so nötigen Rückhalt fanden. Statt dessen Konfiskation des Sprecherorgans der Bergarbeiter und Verurteilung seines Redakteurs.

Mein edles Ross, du warst verloren
Und von der Meute tot gehegt —

Doch werden stets aufs Neue die Sporen
Die in die Flanken eingeseigt!

So schrieb unser Organ schon am 14. Februar desselben Jahres in einer Betrachtung über die Konfiskation. Dieser, wie der darauf folgenden Verurteilung, haben wir es mit zu verdanken, daß man bei den späteren Massenkatastrophen genaue Untersuchungen bergarbeiterseits vornahm. Die Bergarbeiter gingen an, sich den Beschimpfungen gründlich zu widersetzen und mit Erfolg. Zwar löste später immer noch eine Katastrophe die andere ab, aber die Bergarbeiter sorgten dafür, daß die Fragen über Ursache und Wirkung solcher Katastrophen nicht mehr den öffentlichen Diskussionen entzogen werden konnten. Die Schulle der Organisation machte sich immer deutlicher bemerkbar. Und wo der öffentliche Kläger sich dann später einer „beleidigten Werksverwaltung“ annahm, da tauschten sich die Rollen. Die Angeklagten vor den Gerichten fühlten sich immer mehr als die Ankläger. Was Wunder, wenn man anfangs, recht vorläufig zu werden ehe man die Anklage herausbeschwor. Und als z. B. unsere Redaktion wegen Baruffia und wegen Bollern sich vor Gericht zu verantworten hatte, pfliff der Wind schon aus einem andern Loch.

Im Winter 1898 erschütterte die Kunde von dem großen Massenunglück auf Karolinhengrund die Welt. Verbandsbeamte waren mit den Rettungsmännern angefahren, beteiligten sich an dem Rettungswerk, vergaßen aber dabei nicht, die Grube, soweit wie möglich, einer Nachkontrolle zu unterwerfen. Grauenhafte Mißstände, die mit zu der gräßlichen Katastrophe beigetragen hatten, wurden aufgedeckt und der Öffentlichkeit unterbreitet. Auch hier hatte man schon „entdeckt“, daß „ein Bergmann seine Wetterlampe geöffnet“ und so das Unglück herbeigeführt hätte. Mit Bemühungen verknüpfte diese Mär die „Eisener Volkszeitung“, die „Wattenscheider Zeitung“ u. a. Diese Entlastung der Werksverwaltung mißfällig gründlich. Es wurde festgestellt die Unmenge von Kohlenstaub, festgestellt wurde ferner, daß weder Ueberhaus noch Wasserstrecken sich so in Ordnung befanden, wie es die bergpolizeilichen Vorschriften verlangten. In einer Wetterstrecke war angeschrieben worden vor dem Unglück: „D Sattelfuß, D Sattelfuß, wie wird es dir ergehen, wenn dich eines Tages die Bergpolizei wird sehen!“ Abgebaute Dörter waren nicht gesperrt gewesen, Wetterstrecken lagen so zu Bruch, daß die Arbeiter nur auf dem Bauch kriechend hindurch konnten. Es fehlte auch die Veriefelung, kurz und gut, Mißstände wurden aufgedeckt, die unbedingt den Herd zu einer so umfangreichen Katastrophe abgeben mußten. Der königliche Bergwerksbeamte war vielen Vergleuten, trotzdem sie lange auf Karolinhengrund beschäftigt gewesen waren, eine unbekannt Person. Zu derselben Zeit teilte auch das Verbandsorgan mit, wie die Bergbehörde von den Werksverwaltungen hinteres Licht geführt wurde.

Am 24. Februar 1898 fand das Unglück im preussischen Abgeordnetenhaus zur Debatte. Die Regierung wie die Abgeordneten hatten Gelegenheit, unsere Anklagen zu prüfen. Diese aber konnten nicht entkräftet werden, was den damaligen Bergwerksminister veranlaßte, die Debatte im Landtag mit folgender Erklärung einzuleiten:

„Der vorhandene Aufsichtapparat genügt nicht vollkommen, weil es an genügendem Unterpersonal fehlt. (Sehr wahr) namentlich bezüglich derjenigen Teile der Revisionen, die nicht die höchste Ausbildung erfordern, die bergmännische untere Polizei ist. Es handelt sich darum, sich zu überzeugen, daß die einzelnen technischen Einrichtungen rechtzeitig zu wirken beginnen und in genügender Weise abgedeckt werden. Das kann in gewissen Fällen auch der praktische Bergarbeiter. Haben wir ein solch praktisch ausgebildetes Personal, so können wir diesen Teil der Revision mit unserem bisherigen Oberpersonal vollkommen ausüben. In Frankreich, England und Belgien gehört zum Revisionsapparat noch der sogenannte Arbeiterdelegierte. Man wünscht und verlangt in Deutschland dasselbe. Ich habe mich daher über diese Einrichtungen unterrichtet. In England wählen die Arbeiter aus ihrer Mitte einen ihnen geeignet schreitenden Delegierten, der die Befugnis hat, in Begleitung eines Grubenbeamten die Gruben zu revidieren und den Befund aufzunehmen. In Frankreich ist die Einrichtung getroffen, daß Vertreter der Arbeiter gewählt werden, die aber eine bestimmte Qualifikation durch ein Examen nachweisen müssen. Haben sie sich ausgebildet, so können sie von der Regierung zum Arbeiterdelegierten ernannt werden und zwar nicht bloß mit der Berechtigung, sondern der Verpflichtung zeitweiser Revision. In Belgien liegt die Sache wiederum anders. Dort werden von den Arbeitern und den Industriellen zwei Kandidaten präpariert und die Regierung wählt sich den geeigneten heraus, ernannt ihn zum Arbeiterdelegierten, der von der Aufsichtsbeförderung besoldet wird. Ich habe die Regierungen um Auskunft gebeten, wie sich ihre Einrichtungen bewährt haben. Die Antwort ist noch nicht eingegangen. Ich habe aber auch die Aufsicht, noch einzelne Kommissare hinzuziehen. Ich muß mich daher vorläufig noch die Einführung darüber vorbehalten, was ich in dieser Richtung tun werde. Jedenfalls aber werden wir einen unteren Aufsichtapparat schaffen, durch den der jetzige Apparat erweitert und ergänzt wird.“

Damit waren die Arbeiterdelegierten, wenn auch nur teilweise, anerkannt. Man durfte hoffen, daß die Regierung bald ihr Versprechen einlösen würde. Wer das aber geglaubt hat — auch wir schraubten unsere Hoffnungen hoch — dem sollte die Enttäuschung bald kommen, als die in der Winterrede schon angekündigten Kommissare ernannt waren und die Werksbesitzer anfangen Sturm gegen die Arbeiterkontrolle zu laufen. Die Werksbesitzer richteten eine Denkschrift an die Regierung, in der sie sich unter den wüsten Beschimpfungen gegen die Arbeiter gegen die Schaffung eines unteren Aufsichtapparates im Bergwerksbetriebe wendeten. Die Arbeiter hätten kein Gefühl der Verantwortlichkeit, ihnen fehle die Charakterstärke und die moralische Qualifikation. Es sei die Einführung von Arbeiterkontrollen eine Unterstützung sozialdemokratischer Agitation und Organisation. Das half. Die Regierung begab sich auf die Rettrade, trotz aller Katastrophen, die gerade nach dem Massenunglück auf Karolinhengrund so schnell aufeinander folgten und wo wieder die schlimmsten Mißstände auf den Werken vorgekommen, waren Betrüger gegen die Bergbehörden leider von neuem in vielen Fällen festgestellt. Alles nützte nichts. Das Grubenkapital war mächtig genug, sich den auf Arbeiterkontrollen gerichteten Bestrebungen der Arbeiter und Regierung (?) zu widersetzen. Als Geschenk erhielten die Bergarbeiter einige Bergpolizeiverordnungen und die — Einfahrer! Eine Parikatur auf die Arbeiterkontrollen!

Das war in erster Linie den Ergebnissen der aus Staats- und Privatbergbeamten gebildeten Kommission zu verdanken, die die Einrichtung der Arbeiterkontrollen in den fremden Staaten sich angesehen hatte.

Wir haben die Einfahrer erhalten. In jedem Berginspektionsrevier im Ruhrbecken ist je ein Einfahrer erster und zweiter Klasse beschäftigt. Die Einfahrer erster Klasse haben bekanntlich die Qualifikation als Betriebsführer, die der zweiten Klasse eine solche als Steiger. Sie sind Arbeiterkontrollen! — (Scrieb f. z. die „Eisener Zeitung“, weil sie doch aus dem Arbeiterstande herangezogen sind.“ Im Saarrevier leistete man sich, auch Arbeiter

mit zur Kontrolle heranzuziehen, aber hier brachte man diese Kontrolle in ein System, das nur wenig Vertrauen erweckend auf die Bergarbeiter wirken konnte und das in der Welt als das „faarabische System“ faßsam bekannt ist.

Das Blutmeer stieg indessen höher und höher. Im Jahre 1900 verunglückten pro 1000 Mann der Belegschaft im deutschen Bergbau 12,15, 1906 waren es pro 1000 Mann 15,71. Das war das Fazit, trotzdem den Bergbehörden die sog. Einfahrer beigegeben wurden. Damit aber war die Unzulässigkeit der Berginspektion mit, wie früher ohne, Einfahrer bloßgestellt.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zur Berichtigungspraxis der Grubenherren.

Vom Jahre 1886 bis Ende 1907 sind im deutschen Bergbau 23 782 Personen getötet und 1 116 909 verletzt worden, weil alles immer in besserer Ordnung war, die Vorschriften zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter immer in vorzüglicher Weise beachtet wurden und keinerlei Mißstände bestanden noch je bestanden haben. Die fürstlichen Massenräuber von Fundgrube-Lugan 101 Tote, Burglar Schächter-Blauenfcher Grund 269 Tote, Neu-Neerloh 1 35 Tote, Bräunberg-Schächte 89 Tote, Hüft Gordenberg 25 Tote, Kampthausen 181 Tote, Konsolidation II 68 Tote, Siberia 52, Kaiserstuhl 83 Tote, General Blumenthal 20 Tote, Prinz von Preußen 37 Tote, General Blumenthal 20 Tote, Alcophadgrube 104 Tote, Kaiserstuhl II 20 Tote, Jollern 45 Tote, General Blumenthal 17 Tote, Karolinhengrund 118 Tote, Gothardtschacht Oberfließen 22 Tote, Konsolidation III 18 Tote, Ludwig-Stahfurt 17 Tote, Borussia 39 Tote, Heden 148 Tote, Hosseln 78 Tote, Raddob 84 Tote u. s. f. u. s. f. sind entstanden, weil immer alles in besser, vorzüglicher, peinlichster Ordnung war und die verurteilte „Bergarbeiter-Zeitung“, die stets das Gegenteil behauptet, „läßt“, „läßt“, „läßt“. Das ist der Ton, auf den die sogenannten Berichtigungen der Grubenherren (womit sie uns überschütten) gestimmt sind. Das gewaltige, schier zahllose Meer der Toten und Verletzten erhebt sich als Blutzunge gegen die Grubenherren, aber alles war trotzdem immer in besser, peinlichster, vorzüglicher Ordnung. So behaupten diese und wenn die „Bergarbeiter-Zeitung“ das Gegenteil behauptet, erhält sie stets eine nach Schema 1 fabriizierte Berichtigung, worin zu lesen steht, daß die Gruben ein wahres Eldorado sind, daß die Bergarbeiter ein Schlaraffenland führen und keinen Grund zu irgend einer Beschwerde haben und daß die „Bergarbeiter-Zeitung“, „läßt“, „läßt“, „läßt“.

Die Unverschämtheit der Grubenherren, welche sich in ihren sogen. Berichtigungen manifestiert, ist derart gigantisch groß, daß sie zur Bewunderung fortreißt. Die Berichtigungen werden fabrikmäßig nach Schema 1 hergestellt und hat man zu diesem Zweck in Essen eine Berichtigungs-Zentrale, mit den modernsten Mitteln ausgerüstet, errichtet. Dort wird die „Bergarbeiter-Zeitung“ mit Argusaugen gelesen und die Notizen über Mißstände werden den in Frage kommenden Herren mitgeteilt. Die Betriebsführer dieser Zentrale lassen nun die in Frage kommenden Steiger antreten und diese betonen natürlich, daß in ihrem Revier alles in besserer Ordnung ist. Es ist das menschlich, wie die Verhältnisse liegen, sehr erklärlich, denn wenn die Steiger zugeben, daß das, was die „Bergarbeiter-Zeitung“ über die Verhältnisse in ihrem Revier schreibt, zutrifft, machen sie sich dadurch brotlos. Auf Grund des vorinstanzlichen Beschlusses werden wir dann gezwungen, den auf diese Weise entstandenen Kohl in unserer Zeitung als Berichtigung aufzunehmen. Nehmen wir die Annahme der völlig unwahren Berichtigungen ab, wird der Staatsanwalt gegen uns mobil gemacht, wie es schon wiederholt geschehen ist. Und der Bochumer Anwaltsrat brachte es noch in solchen Fällen wiederholt fertig, unsere Handlungsweise als nicht fair zu bezeichnen. Wir nehmen es den Herren allerdings nicht übel, haben wir uns doch an eine solche Behandlung von der Seite längst gewöhnt. Wir sind also gezwungen, auf Grund des Beschlusses die Berichtigungen anzunehmen, auch wenn wir wissen, daß sie völlig unwahr sind und dafür auch den Beweis antreten können, weil wir sonst nicht des Zarbestandes halber, der kommt dabei nicht in Frage, sondern wegen Nichtaufnahme der unwahren Berichtigung bestraft werden.

Reche Bergmannsglück. Bei der Seilschaft dürfte hier bessere Ordnung herrschen und die „Freiwilligen“ könnten warten, bis die Reiche an sie kommt, um auszuführen. Ein Unfug ist es, daß der Schacht-aufsicher V. bestimmen kann, wer auf den ersten Abzweigen ausfahren darf. Im Oktober wurden vier Feuerschichten eingelegt, gewisse Arbeiter aber durften arbeiten. Die Wetterlampen dürften auch besser in Ordnung gehalten werden, damit sie nicht nach einer halben Schicht erlöschen. Auch wäre zu wünschen, daß dem Arbeiter bessere Kohlen geliefert würden. Der Schleifstein könnte auch besser abgerundet werden, damit er besser benutzt werden kann.

Reche Bruchstraße. Am 12. d. M. zerbrach hier am Gegengewicht im Bremsberg der östlichen Unterteilung, im Revier des Steigers H., eine Achse. Der Inspektor bestellte Arbeiter, Hofschoffler und Schiefermeister, um eine neue Achse einbauen zu lassen. Als die Leute darauf hinwiesen, daß es notwendig sei, Bremskorb und Gegengewicht erst festzulegen, meinte der Inspektor: Das ist unnötig, wir wollen machen, daß wir fertig werden, und so wurde die Achse eingebaut, ohne daß die nötigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen oder auch nur beachtet wurden. Als bei der Gelegenheit ein Bauer von Ort 3 herunterrief der Schiefermeister solle zum Schiefer kommen, sagte der Inspektor: Schafskopf, machen sie, daß sie fortkommen. An Schläuchen zum Veriefeln soll auch Mangel sein und soll der Hofschoffler immer nur halb so viel Meter Schlauch erhalten wie er aufschreibt. Im Sattelort, Fiß 9, beim Steiger K., wird über schlechte Bewetterung viel geklagt, auch sollen schon wiederholt Schlagwetter vorhanden gewesen sein. Zu wünschen wäre auch, daß besser für Material, z. B. kleine Laichen, Laichenhaken, Schienenhaken, Drahtnägel u. s. geordert würde, damit sich die Arbeiter dieselben nicht von Hause mitzubringen brauchen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Rheinpreussenschächte. Wir müssen uns wieder mit den Mißständen dieser Schächte beschäftigen. Vorschrift ist doch, daß die Aborte in gutem Zustande gehalten sein sollen. Auf Schacht V, im Revier 4, Straße 13, scheint die Vorschrift vergessen zu sein. Etwas vorgängiger kann auch in diesem Revier für Holz geordert werden. Der KranzentranSPORTwagen könnte auf Schacht IV besser in Ordnung gehalten werden, damit, wenn ein Unfall passiert, die Räder nicht erst in Schwung gebracht werden müssen.

Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

Brandenburgerwerk Gureka (Gemeinschaft Banquo). Hier war eine Betriebsstörung durch Brandschaden eingetreten, jedoch wird in kurzer Zeit der Betrieb wieder voll aufgenommen. Das Feuer hat das, was den Beamten ein Doen im Auge war, beseitigt. Eine Kommission der Arbeitlosen wurde beim Bergamt Böhmisches in Altenburg vorstellig und dieser Beamte hat sich nicht nur bei den Nachbarn bemüht, so weit es möglich, Arbeiter unterzubringen, sondern hat sich mit dem Direktor Naumann, in Anwesenheit der Kommission, telephonisch verbinden lassen. Direktor Naumann hat dem Bergamt Böhmisches erklärt, daß er es als moralische Pflicht ansehe, die alte Belegschaft wieder einzustellen und sobald Leute nötig sind, die Familienmäter zuerst berücksichtigen zu wollen. Die Annahme der Arbeiter wird jedoch anders gehandhabt als der Herr Direktor zugesagt hatte, er wollte nämlich nicht gehen und sichten; dieses geschieht aber doch. Anstatt die nach Arbeit antragenden alten Kameraden, welche für ihre Familie zu sorgen haben, wieder einzustellen, werden solche, die bereits anderweitig Arbeit bekommen haben, wieder beantragt. Einem Arbeiter, welcher um Arbeit anfragt, erklärte sein ehemaliger Vorgesetzter: „Es ist mir verböten worden, jemanden anzunehmen.“ — Am andern Morgen war für ihn das Verbot wieder aufgehoben. Wo bleiben da die moralischen Verpflichtungen?

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Friedensgrube. Die Grundstraße auf der 350 Meterhöhe ist so naß und schmutzig, daß die Arbeiter nicht trockenen Fußes hindurch können. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden und da die Müdigkeit bei der Seilschaft zu wünschen übrig läßt, beträgt die Schicht mit Seilschaft monatlich zwölf Stunden. Auch in anderer Weise nicht unzulässig zu verlängern, mußte doch sogar am 23. Oktober der Po-

die Bekehrung um eine Viertelstunde zurückgehen, wodurch unter den Arbeitern große Unzufriedenheit entstand. Zwei der Unzufriedenen wurden aber zum Betriebsführer bestellt und ihnen erößnet, daß sie für ihre Freiheit mit je einem Schilling bestraft seien. Die Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten ist eine schlechte, besonders arg aber treibt es der Steiger N., der selbst vor Beschimpfungen und Verhöhnungen der Arbeiter nicht zurücksteht. So sagte er einem Arbeiter, er hünte sich von Nothe und stinkenden Gasen fressen und brauche dann keine Kartoffeln. Anderen Arbeitern sagte er, es schade nicht, wenn sie einen Unfall erlitten, sie erhielten dann ja die Meute. Wir erwarten, daß die Bergbehörde dafür sorgt, daß die ungeschickte Verlängerung der Schichtzeit aufhört und den Arbeitern eine bessere Behandlung zu teil wird.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die Berggewerbegerichtsahlen

finden, wie jetzt durch Anschlag auf den Bechen bekannt gegeben wird, am 14. Dezember statt. Eine amtliche Bekanntmachung des Wahltermins ist unseres Wissens bisher nicht erfolgt. Man scheint uns also über-rumpeln zu wollen, aber das darf nicht gelingen. Unsere Kameraden müssen sofort in allen Bezirken die Agitation mit aller Energie aufnehmen und die Aufstellung der Kandidaten, wo sie bisher noch nicht erfolgt ist, unverzüglich vornehmen. Wahlberechtigt ist jeder 25 Jahre alte Bergarbeiter, gleichgültig ob er unter oder über Tage beschäftigt ist, der im Bezirk des Berggewerbegerichts wohnt oder arbeitet. Auch die ausländischen Kameraden sind wahlberechtigt, sofern sie den allgemeinen, auch für die deutschen Kameraden geltenden Bestimmungen entsprechen. Jeder Wähler muß unbedingt eine Wahllegitimation haben. Diese muß vom Betriebsführer oder Steiger kostenlos ausgestellt werden. Sowohl das Gesetz über die Gewerbegerichte wie auch das Statut des Berggewerbegerichts Dortmund besagen, daß die Wähler sich auch durch andere rechtmäßige Beschäftigungen legitimieren können, aber am sichersten ist immer der Ausweischein, der von der Zeche auf Verlangen sofort ausgestellt werden muß. Versäume es also kein Kamerad, sich unverzüglich den Ausweischein auf der Zeche zu holen, damit keiner seines Wahlrechts verlustig geht. Diese Wahl muß zum gewaltigen Protest werden gegen die bestehenden unfairen Verhältnisse. Darum auf zur Wahl, damit die Verbandskandidaten liberal in allen Bezirken mit großer Majorität gewählt werden. Der 14. Dezember muß ein Ehrentag werden für den Bergarbeiterverband.

Streit auf Grube Saar- und Mosel wegen Unfallgefahr.

Der Kreisdirektor (Landrat) von S o r b a c h, Herr v. W o e l l w a r d t hat in allen Dörfern, die vom Streit betroffen sind, durch öffentlichen Maueranschlag folgende Erklärung bekannt gemacht:

„Um der in der Bevölkerung bestehenden Annahme, daß durch die Schächte in dem Schacht V eine besondere Gefahr für die Bergarbeiter besteht, entgegenzutreten, mache ich hiermit bekannt, daß nach eingehenden Feststellungen an Ort und Stelle durch den Herrn Bergmeister in Saargemünd, eine Gefahr für die Sicherheit des Betriebes nicht vorhanden ist.“

Mertenbach, den 25. November 1908.

von Woellwardt.“

Herr von Woellwardt, der höchste Beamte des Kreises, bei die streikenden Arbeiter sogar um Vermittlung angerufen hatten, öffentlicht die Erklärung, daß eine Betriebsgefahr nicht besteht, ohne auch nur einen Arbeiter gefragt zu haben, noch ohne sich persönlich davon zu überzeugen, ob die Angaben des Herrn Bergmeisters auch zutreffend sind. Als er den Anschlag in Mertenbach aufschlugen ließ, trat der Wettermann F. an ihn heran und sagte ihm:

„Herr Kreisdirektor: Ich über seit Jahren die Wertkontrolle aus, kenne den Betrieb sehr genau und erkläre Ihnen, daß Sie mit diesem Anschlag keinen Schaden finden. Herr Bergmeister von Braunmühl kann umgänglich alle Betriebspunkte besahren haben, denn sonst würde er ein solches Urteil nicht mit seinem Namen decken. Wenn der Herr Bergmeister und Sie, Herr Kreisdirektor, auch tausendmal jede Betriebsgefahr bestreiten, so besteht sie dennoch.“

Ein zweiter Wettermann und mehr als 20 Bergleute bestätigten dem Kreisdirektor die Angaben F., aber dennoch blieb die Erklärung unverändert hängen.

Wegen dieser offene Erklärung der Regierungsdirektoren, die 1500 Vergleute einfach lägen kräft, waren die Vertreter der Organisation machtlos, sie mußten zu einer Veränderung ihrer Forderungen scheitern, oder sie fallen lassen. Deshalb beriefen sie eine Sitzung der Wettermänner und noch einiger älterer Vergleute ein und legten denen erneut die Frage vor, ob der Bergmeister nicht doch recht haben könnte und in der Tat keine Gefahr mehr bestände. Die Leute beharrten jedoch darauf, daß direkte Lebensgefahr bestände und verlangten eine sofortige Befahrung der Grube in Gegenwart einer von der Belegschaft gewählten Kontrollkommission. Da in dem ersten Antwortschreiben die Direktion einige Zugeständnisse gemacht hatte, schlug die Streikkommission der Belegschaftsversammlung folgende neue Forderungen vor:

„Nachdem der Herr Kreisdirektor von Woellwardt durch öffentliche Erklärung an die Bevölkerung das Urteil des kaiserlichen Bergmeisters von Braunmühl unterzeichnet hat, monach keine Betriebsgefahr im Schacht besteht, hält die Belegschaft nach wie vor die Behauptung aufrecht, daß direkte Lebensgefahr besteht und bemerkt ernstlich, daß der kaiserliche Bergmeister alle Betriebspunkte besahren haben kann und der Kreisdirektor die Zustände nicht kennt, sonst würden die Herren eine derartige Erklärung mit ihrem Namen nicht geben haben. Die Belegschaft fordert nunmehr, daß eine sofortige Befahrung der ganzen Grube vorgenommen wird in Gegenwart einer Kontrollkommission von drei aus der Belegschaft gewählten Kameraden, des Herrn Bergmeisters von Braunmühl, des Kreisdirektors und der Grubenverwaltung, damit die Öffentlichkeit ein wahres Urteil erhält.“

Lohnregulierung dahingehend, daß die heutigen Lohnunterschiede beseitigt werden und Sauerlöhne unter 5 Mk. pro Schicht nicht mehr zur Auszahlung gelangen.

Die Gesamtkosten dürfen monatlich den Betrag von 5 Mk. nicht übersteigen.

Die bisherige Praxis, daß zum Nachfüllen der Förderung jeder Kameradschaft mehrere Wagen ohne Auswahl fortgenommen oder gewertelt oder gehalt werden, muß abgeschafft werden.

Lieferung der Hausbrandkohlen zum Selbstkostenpreis.

Arbeiterverschüsse, denen auch die Grubenkontrolle obliegt, sind bis 1. Januar 1909 einzusetzen. Wählbar ist jedes Belegschaftsmitglied, das drei Jahre Bergarbeit verrichtet hat, wahlberechtigt jedes Belegschaftsmitglied. Die Wahl ist direkt, allgemein und erfolgt in geheimer Abstimmung.

Maßregelungen wegen Beteiligung an diesem Ausstand, noch Einhaltung des Lohnes für sechs Schichten, dürfen nicht erfolgen. Den auswärtigen Kameraden muß für diesen Monat das Fahrgehalt vergütet werden.“

In einer von über 1000 Personen besuchten Belegschaftsversammlung am 26. November in Mertenbach stellte Leippreker die Frage, ob die Erklärung des Kreisdirektors der Wahrheit entspreche, worauf ein tausendstimmiges „Nein!“ erfolgte. Einmütig erklärte die Versammlung, die Behauptung des kaiserlichen Bergmeisters wie die Erklärung des Kreisdirektors für unwahr und nahm die Forderungen in obiger Form an. Die Arbeiter haben recht behalten, denn schon am 27. November mußten vier Streikbrecher, von Stiggenen gekauft, aus der Grube geschickt werden! Der Streikbrecher W a h l, den man bestmögliche zu Tage förderte, wurde unter dem Hohnlächer der Frauen, im Aufschwung des Direktors, nach seiner Wohnung geschickt, wo er sich nachträglich wieder erholt! Wahl, den man erst vor 14 Tagen als halb erkrankt aus der Grube gebracht und der über eine Woche an Bettlagerung krank geliegt hat und am 27. November wieder seine erste Schicht verfuhr, hat dem Streikomitee — er streikt jetzt mit — untergeheimlich mitgeteilt: „Als ich am Freitag (27.) in die Grube kam, sah ich sofort, daß noch alles voll Wetter stand und hat den Betriebsführer, er möchte mir einen Feuerhelm (Sauerstoffapparat) geben, mit

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Hollingen. Jeden Montag nach dem 1. des Monats, nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Ring.
Wahlstedden. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats.
Wurabach. Jeden ersten Sonnabend im Monat, im Lokale des Herrn Emil Weidner, Hölzgerstr.

Jeden Sonntag nach dem 1. des Monats:
Groß-Gettingen. Nachmittags 4 Uhr, in der Werkstatt des Herrn Parabels.
Zeilach (Oberbayern). Vormittags 11 Uhr, im 'Waldhau' - Biergarten.

Jeden ersten Sonntag im Monat:
Altenbochum. Nachmittags 6 Uhr, im Lokale des Herrn Hildesheim.
Bortrag zur Berggewererechtswahl. Muffel, eines Kandidaten. Ref. jurz. Stelle.
Nitz-Bärge. Nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Altenbochen. Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Wille.
Wassberg. Abends 7 Uhr, im Besenbier des Herrn Witzke.
Bogelberg. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Elias.
Bogelberg. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Ludwig Gindt.
Bogelberg. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Fritz Kraft in Tiefenbach.
Bogelberg. Nachmittags 3 Uhr, in der 'Waldhau'.

Bladen b. Hann. Nachm. 6 Uhr, im Lokale des Herrn Stambel, Wöllingerstraße 60.
Lüda. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale 'Der Anker'.
Weselsloh. Nachmittags 3 Uhr, im 'Vaterland'.
Wiesbach. Nachmittags 2 Uhr, im 'Badergarten'.

Belegchafts-Versammlungen

Sonntag, den 6. Dezember 1908:
Zwickauer Arbeiter-Belegchaft. Vormittags 11 Uhr, im Gasthof des Herrn Sonntag in Zwickau-Marienthal.
Knappschafftswohnungen. 2. Ausstellung von Kandidaten. 3. Verschiedenes. Referent: Kamerad Anton Grun.

Knappschafftsmitglieder-Versammlungen

Sonntag, den 13. Dezember 1908:
Zeilach-Weihenfelser und Halle'sches Braunkohlen-Revier:
Halle. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof 'Zum letzten Dreier'.
Krauswitz. Vormittags 10 1/2 Uhr, im Gasthof 'Zum Lindenhof'.
Mausdorf. Nachmittags 2 Uhr, im Gasthof des Herrn Weber.

Bergarbeiter-Verfammlungen

Sonntag, den 6. Dezember 1908:
Hellenbach, Hüttenbach, Hülth u. Umg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wächter in Hellenbach.
Krauswitz u. Umg. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Frau Fischer.
Dorne u. Umg. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wente.
Eitel u. Umg. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Homburg.

mild aromatisch, rein türkisch!
Preis 2 Pf. das Stück.
Nur echt mit Firma 'Venidze'.

Lupa-Zigaretten

Belegchafts-Versammlungen

Das öffentliche
Wahlrecht

Zahlstellen-Seste.

Sonntag, den 6. Dezember 1908:
Zwickauer Arbeiter-Belegchaft. Vormittags 11 Uhr, im Gasthof des Herrn Sonntag in Zwickau-Marienthal.

Das öffentliche
Wahlrecht

Marten. Sonntag, den 6. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Sonntag: Herbst-Kränzchen. Eintritt 20 Pf. Mitgliebsbuch legitimiert.

Knappschafftsmitglieder-Versammlungen

Das öffentliche
Wahlrecht

Meinel & Herold
Hermannsstraße, Magdeburg (Sa.) 143

Sonntag, den 13. Dezember 1908:
Zeilach-Weihenfelser und Halle'sches Braunkohlen-Revier:
Halle. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof 'Zum letzten Dreier'.

Das öffentliche
Wahlrecht

Gratis!
Umsonst
Dose 20-25 Rollen, 10 ff. Gehringer, 30-40 Dellatzer, 40-50 Bering in Geler u. nach ff. Anzahl, wenn Sie mit Dose 100 ff. Beringer, 100 ff. Gehringer, große 100 ff. Dauerwerk, seit Jahren nicht so schön, für 2,00 Mfr. begeben. Sehr frei. Alles neue Ware. 3000 Paul Napp, Seimensstraße 15, Erste Kaiserstraße-Fabrik, Bratezel.

Bergarbeiter-Verfammlungen

Das öffentliche
Wahlrecht

Ansichts-Karten

Sonntag, den 6. Dezember 1908:
Hellenbach, Hüttenbach, Hülth u. Umg. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wächter in Hellenbach.
Krauswitz u. Umg. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Frau Fischer.

Jch, Robert
fast lebensgrosses Bild ganz gratis
Man sendet mir eine beliebige Photographie und genaue Adresse.
Ich sende gratis zurück und zwar postfrei und ohne Aufschlag.

Ansichts-Karten
vom Verwaltungsgebäude
sind ausverkauft.
Moers-Hochstrass.
Glück- und Segenswünsche!
Glück auf!

200 Sorten Harmonikas
Wolf & Comp., Klingenthal, Nr. 687

Edmund Paulus, Markneukirchen Nr. 343
Faser- u. Einlegescheine, Wurzeln und Kartoffeln

Ernst Reihn, Voigt, Markneukirchen Nr. 492
Für Qualitäts-Raucher!
reine überseeische Zigarren

Ohne Berechnung
W. Knefelkamp, Dortmund, Bratelerstraße 7

Lothring, Rotwein
Fourage-Händler
Heinrich Delmes, Baal 1910

Wenn wir Sie sprechen könnten
Anzugstoffen, Paletstoffen, Hosensstoffen, Westenstoffen, Damentuchen etc.

Abt. Königsborn
Nachtbilder-Vortrag
über das Thema: Zur Fluge durch die Welt

Warnung! Ich lasse nicht reifen
sondern mache mein Geschäft einzig durch die Vorzüglichkeit meiner Bilder und durch die Weiterempfehlung seitens zufriedener Bekannter.

Robert Mertner, Kunstanstalt
Dresden-A., Walspurgisstraße Nr. 68a

